

# DER Offizier

Ausgabe 4/2018 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Tag der Leutnante |

Österreichische EU-  
Ratspräsidentschaft  
und BMLV |

Verteidigungsforschung |

**Kunasek: „Auch kleine Länder  
können sich aktiv einbringen“**



# WÄCHTER

## Dilemma

Jüngst hatte der Wächter ein Gespräch mit einem älteren Offizier, der in sehr eindrücklicher Form das Dilemma bei Meinungsäußerungen von Kommandanten und Offizieren, aber auch das Dilemma der Öffentlichkeitsarbeit des BMLV darstellte. In der Folge der Versuch, seine Ansichten wiederzugeben.

/ Wenn die Truppe unter Mangel gewisser Ausrüstung leidet, dann meldet sie das. Die darauf folgende Reaktion der vorgesetzten Ebenen ist im überwiegenden Fall eine Ablehnung der Anforderung. Ursache der Ablehnung ist, objektiv betrachtet, das Fehlen des Beantragten auch auf dieser Ebene. Bestenfalls kommt es zu einer temporären Umverteilung, die dafür aber den Abstellenden in seinen Planungen massiv beeinträchtigt. Werden Anforderungen auf Dauer nicht erfüllt, kommt der Moment, wo die Betroffenen aus Ohnmacht in irgendeiner Form an die Öffentlichkeit gehen: keine Fahrzeuge, zu wenig Schutzrüstung, zu wenig Nachsichtmittel, zu wenig Bewaffnung oder zu wenig Aufklärungsmittel usw. Nun setzt die Empörung derjenigen ein, die eigentlich für die Situation verantwortlich sind – die Empörung der Politik. Höhere Ministerialfunktionen oder Kommandanten werden aufgefordert, sofern sie es nicht ohnehin schon selbst getan haben, diese „Undiszipliniertheiten“ zu ahnden. Begründet wird das meist damit, dass solche negativen Aussagen über fehlende Ausrüstung dem Image des Bundesheers schaden und die Attraktivität als personalsuchender Arbeitgeber schmälern. Gemaßregelt werden somit Soldaten, denen man beigebracht hat, wie sie einen Auftrag unter Einsatz ihres Lebens zu erfüllen hätten, ihnen aber zugleich nicht jene Ausrüstung finanziert, mit denen sie auch eine Chance hätten, ihren Auftrag adäquat zu erfüllen.

/ Auch die Öffentlichkeitsarbeit hat ein ähnliches Dilemma. Der Auftrag lautet auf Vermarktung der Leistungen des Bundesheers und Werbung, um das Bundesheer attraktiv darzustellen und die Notwendigkeiten der Landesverteidigung zu

erläutern. Mit Jubelbotschaften und Hervorheben des Positiven, das es ja gibt, wird aber bei den Informationskonsumenten, ob Politik oder Bevölkerung, der Eindruck erzeugt, dass ohnehin alles in Ordnung ist. Verbunden mit diesem trügerischen Eindruck ist natürlich eine reduzierte Bereitschaft, sich für dringend benötigte Finanzmittel einzusetzen. Trotzdem sind jedoch die Defizite zumindest so weit ins Bewusstsein der Politik gedrungen, dass man im Regierungsprogramm der derzeitigen Regierung folgende Passage findet: „Dafür ist durch eine langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung der Investitionsrückstau der vergangenen Jahre ab 2018 aufzulösen und ein verfassungskonformer Zustand des ÖBH, insbesondere der Miliz, herzustellen.“ Nun muss nur noch sichergestellt werden, dass es tatsächlich zu einer Auflösung des Investitionsrückstaus kommt. Da schaut es aber nicht so gut aus. Noch ist nicht einmal der Ersatz von 36 Hubschraubern durch ganze 12-14 sichergestellt, was ohnehin zu wenig ist. Natürlich gibt es da und dort neues Gerät, neue Waffen oder neue Bauten, natürlich darf, soll und muss das freudig berichtet werden, aber isoliert betrachtet entsteht eben der Eindruck, dass alles okay ist. Ist es aber nicht. Dafür sprechen z. B. allein schon die benötigten Summen für notwendige Bauvorhaben. Nicht einmal hier besteht offensichtlich eine Bereitschaft, z. B. durch eine Bauoffensive mit Investition in die heimische Wirtschaft, die anstehenden Probleme zu lösen.

/ Ja, das ist das Dilemma: Man müsste sagen, was man braucht, damit man es finanziert bekommt, damit bringt man aber auch klar zum Ausdruck, was fehlt, tja, und das will niemand hören. Immer wieder gibt es vermeintlich viel wichtigere Dinge zu finanzieren als die Bedürfnisse des Bundesheers. Allerdings sollten alles wissen: Wenn man es dann braucht, lässt es sich nicht mehr richten – nicht einmal mit viel Geld. Wo also ist die versprochene „langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung“, um den „Investitionsrückstau der vergangenen Jahre ab 2018 aufzulösen“? ✕

## Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 5 BMLV-Veranstaltungen während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft
- 13 FRONTEX – Gemeinsamer Schutz der EU-Außengrenzen
- 16 Tag der Leutnante 2018
- 17 Neue Initiative einer Verteidigungsforschung der EU
- 22 Cyber-Verteidigung – eine gesamtstaatliche Herausforderung
- 24 Gewalt.ig – wenn wir nicht wegschauen
- 27 Tagesbefehl des Oberbefehlshabers
- 29 Soldat des Jahres 2018

### DER OFFIZIER

**Medieninhaber und Herausgeber:** Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i. R. O. Heel (Tirolbeilage); M. Musner; M. Sala  
**Marketing:** Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at | **Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck | **Druck:** Ing. F. Feilhauer 2620 Neunkirchen, Seebensteinstraße 1 | **Fotos:** Titelbild: BKA/Andy Wenzel; andere gem. Einzelnachweis | **Internet/Mail:** www.oeog.at – deroffizier@oeog.at

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des Wächter müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

### Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

## Vorwort

Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser!

Wenn Sie diese Ausgabe von „Der Offizier“, dem Printmedium der Österreichischen Offiziersgesellschaft, in Händen halten, befinden wir uns mitten in der Weihnachtszeit und nähern uns bereits dem Ende des Jahres 2018. Österreich hatte im zweiten Halbjahr den Ratsvorsitz in der Europäischen Union inne und auch das BMLV war besonders gefordert, den daraus resultierenden Verpflichtungen nachzukommen. In einer umfassenden Darstellung der Veranstaltungen des BMLV während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wird die Komplexität, aber auch die Tiefe der Themen sichtbar. Eine grundsätzliche Darstellung inklusive der Entwicklungen um FRONTEX, der Organisation für einen gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenzen sowie eine Bewertung der neuen Initiative zu einer Verteidigungsforschung der EU komplettieren die Informationen zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen in Österreich und der Europäischen Union.

/ „Cyber-Verteidigung – eine gesamtstaatliche Herausforderung“ war das zentrale Thema der heurigen IKT-Sicherheitskonferenz des Abwehramtes in Alpbach/Tirol.

/ Zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte und öffentlich Bedienstete veranlassen Bürger, initiativ zu werden. Unter dem Logo „Gewalt.ig – wenn wir nicht wegschauen“ wird eine derartige Bewegung in dieser Ausgabe vorgestellt.

/ Einen Bericht über die Kür des Soldaten des Jahres 2018, aber auch des Zivilbediensteten oder die Einheit des Jahres finden Sie genauso wie eine Erinnerung an die heurige Ausmusterung an der Theresianischen Militärakademie, verbunden mit dem Tag der Leutnante.

/ Die Österreichische Offiziersgesellschaft und „Der Offizier“ heißen alle neu in die Armee übernommenen aktiven Offiziere und Milizoffiziere herzlich willkommen und laden sie ein, sich in der Organisation, die sich als das wehr- und sicherheitspolitische Gewissen der Republik versteht, mitzuwirken.

/ Mit den besten Wünschen für eine gesegnete Weihnacht und ein gutes Jahr 2019 verbleibt

Ihr Chefredakteur  
Herbert Bauer

# Brief des Präsidenten

„Es läuft die Zeit, wir laufen mit.“



© ÖÖG/FOTOSTUDIO WILKE

**E**in Jahresende lädt dazu ein, Rückschau zu halten. Ich wurde vor nunmehr bereits fünf Jahren zum Präsidenten der Österreichischen Offiziersgesellschaft gewählt. Ehe im Jahr 2019 eine Neuwahl des Präsidiums der ÖOG ansteht, ist auch das ein Anlass, Zwischenbilanz zu ziehen.

## Ein Blick zurück mit Schrecken

Die Debatte über die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umstellung auf ein Berufsheer hatte zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen dem Verteidigungsressort und der Offiziersgesellschaft geführt, die in mehreren Rücktrittsaufforderungen an den damaligen Minister Darabos gipfelten. Die politische Führung arbeitete damals an einer kompletten Demontage des Bundesheeres und war bereit, die strategische Reserve der Republik aufzugeben. Die militärische Führung schien uneinig. Manche sahen den Feind bereits im eigenen Gefechtsstand und versuchten, zumindest einen Rekonstruktionskern über die Zeit zu retten. Andere arrangierten sich, hängten ihre Fahne in den neuen Wind und machten Karriere.

/ Es lag an der Offiziersgesellschaft, die Dinge – als sicherheitspolitisches Gewissen – beim Namen zu nennen.

Dafür war und ist es bloß nötig, eine Lagebeurteilung durchzuführen, wie wir es im Führungsverfahren gelernt haben.

## Lagebeurteilung

Unschwer ist zu erkennen, dass die Welt, in der wir leben, kein friedlicher Ort ist. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen ist allgegenwärtig. Und sie tritt zunehmend maskiert und getarnt auf – als hybride Kriegsführung.

/ Es ist wohl auch kein Geheimnis, dass weder Österreich allein noch als Mitglied der EU dafür gerüstet ist, auf diesem modernen Schlachtfeld zu bestehen. Eine Renaissance der „Umfassenden Landesverteidigung“ ist daher unumgänglich, um die Widerstandskraft – die Resilienz – Österreichs zu erhöhen.

/ Langjährige Forderungen der ÖOG wie die konsequente Umsetzung des Milizprinzips, die Rückkehr zum bewährten 6+2-Modell des Wehrdienstes und eine ausreichende Budgetausstattung von zumindest 1 % des BIP jährlich sind logische Ableitungen dieser Analyse.

## Ein Blick voraus mit Sorge

Es ist klar erkennbar, dass nunmehr im Verteidigungsressort eine politische

und militärische Führung am Werk ist, die den Grundauftrag des Bundesheeres ernst nimmt und das ambitionierte Regierungsprogramm umsetzen möchte, welches sich weitgehend mit den Auffassungen der ÖOG deckt.

/ Doch über diesen positiven Ansätzen steht eine Bedrohung – der Finanzierungsvorbehalt! Bei einer Lagebeurteilung soll man nicht seinen Wunschgedanken folgen, sondern realistisch sein. Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Mit den derzeit beschlossenen Budgets für 2021 und 2022 wird die Trendumkehr nicht zu schaffen sein. Ganz im Gegenteil. Wir werden in eine Situation wie 2013/14 zurückfallen.

/ Trotzdem wünsche ich allen Mitgliedern und Freunden der Offiziersgesellschaft einen guten Start in das Jahr 2019 und freue mich auf ein baldiges Wiedersehen beim „Ball der Offiziere“ und am „Tag der Wehrpflicht“.

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier  
Präsident der Österreichischen  
Offiziersgesellschaft**

# BMLV-Veranstaltungen während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft (September bis November 2018)

HAUPTMANN MINISTERIALRAT MAGISTER CHRISTOPH MOSER

## A. Die vier BMLV- HAUPTVERANSTALTUNGEN in Österreich:

### 29./30. August 2018 (Wien): Informelles EU-Verteidigungsministertreffen

Zum Auftakt der prestigeträchtigsten BMLV-Veranstaltung während EU-18 diskutierte die Hohe Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, am 29. August 2018 im HGM mit den teilnehmenden Ministern verteidigungspolitische Beiträge der Mitgliedstaaten und Möglichkeiten einer verstärkten Einbindung der Westbalkanstaaten in GSVP-Initiativen der EU (samt Möglichkeiten der Kooperation mit UNO und NATO) im Rahmen der sogenannten „EU-Westbalkanstrategie“.

/ Beim sogenannten „Working Dinner“ dieses informellen EU-Verteidigungsministertreffens fand die österreichische Initiative breite Zustimmung, wonach die Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU/GSVP intensiviert werden sollte. Bundesminister Mario Kunasek schlug dabei u. a. den Aufbau einer Offiziers- und Sicherheitsakademie in Bosnien und Herzegowina sowie die Einrichtung eines „strategischen Formats“ für den Sicherheitsdialog mit dem Westbalkan vor.

/ Am 30. August 2018 tagten die EU-Verteidigungsminister im Vienna Austria Center erneut informell. ▶



Verteidigungsminister Mario Kunasek mit Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, im August 2018

e 2 0  
u 1 8  
a t

## VORBEMERKUNG

In der Ausgabe Nr. 2/18 von „Der Offizier“ sind vom Autor die gesamtösterreichischen Schwerpunkte und die BMLV-Besonderheiten des aktuellen EU-Ratsvorsitzes überblicksartig dargestellt worden. Dabei handelt es sich vorrangig um die vier Themen „EU-Außengrenzschutz“, „Westbalkan“, „Cyber-Sicherheit“ und „Umsetzung der EU-Globalstrategie“ (Verteidigungsforschung – EDAP/EDIDP; Ständige Strukturierte Zusammenarbeit [SSZ] – PESCO-Projekte, wie Military Mobility; Koordinierte jährliche Überprüfung – CARD; GSVP-Missionen und -Operationen; EU-NATO-Kooperation). / Nachdem er in der Ausgabe Nr. 3/18 über den Sommerzeitraum von EU-18 berichtet hat, beleuchtet er nun diejenigen Militärthematiken näher, welche bei den im Herbst 2018 durchgeführten Präsidentenveranstaltungen Gegenstand der jeweiligen Fachdiskussionen gewesen sind.



## ZUR PERSON

**Hptm MinR Mag. Christoph Moser** ist mit der Führung beauftragter Leiter der Abteilung für Fremdlegitime und internationales Recht im BMLV und seit 33 Jahren Mitglied der ÖGW, davon lange im Vorstand und Leitungsstab des Präsidenten aktiv.



Die EU-Verteidigungsminister tagen im Vienna Austria Center.

In der Arbeitssitzung „Sicherheit und Verteidigung“ wurden die aktuellen Kernthemen der GSVP (Aufbau von militärischen Fähigkeiten, Schaffung militärischer Planungs- und Führungsstrukturen auf EU-Ebene sowie Finanzierung von Verteidigungsforschung, Fähigkeitsentwicklung und GSVP-Initiativen) erörtert.

/ Unverändertes unionsbezogenes Ziel ist dabei – in weiterer Umsetzung der EU-Globalstrategie des Jahres 2016 – die Stärkung der eigenständigen europäischen verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit. Bei der formalen Tagung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten im Format der Verteidigungsminister sollte am 20. November 2018 in Brüssel die Umsetzung der zweiten Phase von SSZ/PESCO-Projekten beschlossen werden (siehe unten – bis Ende Juli 2018 haben elf Mitgliedstaaten insgesamt 36 Projekte eingereicht). Österreich hat mit drei anderen Teilnehmern der Zentraleuropäischen Verteidigungsinitiative (CEDC – Slowenien, Ungarn und Kroatien) ein gemeinsames ABC-Abw-Projekt eingebracht: CBRN-Surveillance as a Service (CBRN-SaaS) zur autonomen Feststellung und Überwachung von Gefährdungen durch atomare, biologische und chemische Gefahrenstoffe auf Basis unbemannter Luft- und Landfahrzeuge.

/ Die Europäische Friedensfazilität (European Peace Facility – EPF) soll im Kontext des nächsten langfristigen

EU-Haushalts (2021–2027) als außerbudgetäres Instrument eingerichtet werden, der European Defence Fund (EDF) dient zur Förderung der Verteidigungsforschung und zur Entwicklung der europäischen Sicherheitsindustrie (siehe unten).

/ Bundesminister Mario Kunasek stellte die Ergebnisse/Empfehlungen der am 10. Juli 2018 an der LVAK stattgefundenen internationalen EU-Tagung „Synergien und militärische Assistenzen für zivile Institutionen“ vor. Erklärtes Ziel dieser in einem sogenannten „Non-Paper“ zusammengefassten Fachüberlegungen ist es, neue Ansätze für künftige Optionen der zivil-militärischen Zusammenar-



Westbalkankonferenz: 130 Experten aus 26 Staaten diskutierten über Maßnahmen zum Aufbau geeigneter Strukturen.

beit auszuarbeiten. Das jahrzehntlang bewährte „Österreichische Assistenzmodell“ nach Art. 79 Abs. 2 Z 1 B-VG könnte dabei beispielgebend dafür im Rahmen des EU-Außengrenzschatzes sein. Es sieht den Einsatz militärischer Kräfte zur Überbrückung solange vor, bis die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) ihre volle Einsatzkapazität erreicht hat.

### 18./19. September 2018 (Wien): Workshop und Internationale Westbalkan-Konferenz („Stärkung der Resilienz in Südosteuropa/ am Westbalkan“)

Einer der thematischen Schwerpunkte des BMLV während EU-18 ist die „Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans / Südosteuropas an die EU“. Südosteuropa / der Westbalkan hat für Österreich sicherheitspolitische Priorität, weshalb eine Heranführung dieser Staaten an die EU besonders unterstützt wird. Mehr Resilienz und zusätzliches „Sicherheits-Know-how“ in der unmittelbaren Nachbarschaft bedeuten ein mehr an Sicherheit für Europa.

/ Zur Vorbereitung der nächststägigen Expertenkonferenz und zur weiteren Unterstützung des im Februar 2018 verabschiedeten Aktionsplans auf Grundlage der EU-Strategie bzw. der „Sofia-Erklärung“ (Mai 2018) veranstaltete das BMLV am 18. September 2018 an der LVAK daher einen Workshop („Contributions of the Western Balkan

Partners in CSDP“) zur Erweiterung und Vertiefung des strukturierten Politikdialogs im Bereich der GASP/GSVP. Dabei kam es zu intensiven Diskussionen über mögliche Kooperationen im Rahmen von EU-Missionen und -Operationen sowie allfällige EU-Battle-Group-Beiträge der Westbalkanländer. Maßnahmen zur grenzübergreifenden Katastrophenhilfe bzw. zu Counter-Terrorismus/Extremismus, die Sensibilisierung hinsichtlich hybrider Bedrohungen (inkl. StratCom), die Sicherheitssektor-Reform und die Thematik „Klein- und Leichtwaffen“ waren ebenso Gegenstand dieses Gedankenaustausches.

/ Generalsekretär Mag. Dr. Wolfgang Baumann eröffnete tags darauf diese internationale Westbalkankonferenz an der LVAK und betonte in seiner Grußnote die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Partnern am Westbalkan. „Wichtig ist, dass wir mit den Westbalkanstaaten reden und nicht über sie – und auch, dass die Staaten untereinander zunehmend kooperieren.“

/ 130 Experten aus 26 Staaten aus dem Verteidigungs- und Sicherheitsbereich erörterten in der Folge (aufbauend auf den Ergebnissen des Workshops), welche Maßnahmen zum nachhaltigen Aufbau geeigneter Sicherheitsstrukturen am Westbalkan notwendig sind.

### 26. September 2018 (Graz): Treffen der Verteidigungsminister der Westbalkanstaaten auf Einladung von Bundesminister Mario Kunasek

Im Gefolge der beiden thematischen LVAK-Veranstaltungen vom Juli/September 2018 lud Bundesminister Mario Kunasek die Verteidigungsminister der Staaten Südosteuropas / des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien) am 26. September 2018 zu einem Treffen nach Graz ein.

/ Bundesminister Kunasek betonte dabei den gesamtstaatlichen Ansatz Österreichs als regionaler „Brückenbauer“ des Westbalkans. Sicherheit und Reformen seien zur Stabilisierung bzw. Heranführung an die EU nötig, unions-



Westbalkanverteidigungsgipfel in Graz: Österreich unterstützt die Erweiterungsstrategie der Europäischen Union für den Westbalkan.

seitige Unterstützung ist auch durch militärische Einsätze/Kapazitätenaufbau/Heranführung an GASP-/GSVP-Strukturen oder -Projekte möglich. Für ihn ist klar, dass es trotz einiger positiver Entwicklungen weiterhin eine Vielzahl an Sicherheitsherausforderungen in Österreichs unmittelbarer Nachbarschaft gibt. „Mir ist es wichtig, nicht nur über die Westbalkanstaaten, sondern gemeinsam mit ihnen über zukünftige Sicherheitsmaßnahmen zu sprechen“, sagte Bundesminister Kunasek.

/ Neben der fortgesetzten EU-Präsenz im Rahmen von militärischen Einsätzen am Westbalkan geht es vor allem um die Unterstützung der Staaten beim Aufbau von Kapazitäten in ihren Streitkräften. Diese sind notwendig, damit sie besser und eigenständiger in der Lage sind, wirkungsvolle Beiträge zur Lösung der neuen Sicherheitsaufgaben zu leisten. Darüber hinaus gilt es, die Staaten näher an die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU heranzuführen. Dazu wurde im Vorfeld ein konkretes österreichisches verteidigungspolitisches Unterstützungspaket für den Westbalkan geschnürt. Dieses umfasst die Unterstützung der Länder beim Aufbau ihrer Grenzschutzkapazitäten, die verstärkte Einbindung in EU-Einsätze, ein Offiziersausbildungsprojekt und die Verbesserung der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe. Ein Schwerpunkt liegt dabei

auf der nachhaltigen Schließung der Westbalkanroute (Anm.: in allen Staaten sind/waren militärische Kräfte zum Grenzschutz eingesetzt).

/ „Weitere Flaggschiffprojekte, für die ich bereits innerhalb der EU Unterstützung bekommen habe, sind die Errichtung einer regionalen Sicherheits- und Verteidigungsakademie sowie die Etablierung eines strategischen Formats zur Sicherstellung eines strukturierten Verteidigungsdialogs zwischen der EU und den Staaten des Westbalkans. Ziel dieser Gesamtmaßnahmen ist, die Staaten bei ihrer Entwicklung zu ‚Sicherheitsproduzenten‘ zu unterstützen. Sie sollen einerseits Sicherheit in ihren Ländern garantieren und andererseits auch einen Beitrag für die europäische Sicherheit leisten können“, äußerte Bundesminister Kunasek.

/ Am Ende dieses politischen Treffens wurde von allen Teilnehmerstaaten eine „Gemeinsame verteidigungspolitische Erklärung“ (Zusammenfassung des Maßnahmenpakets) unterschrieben. Auf Wunsch aller Staaten wurde festgelegt, dass der Westbalkanverteidigungsgipfel kein einmaliges Ereignis bleiben, sondern zu einem regelmäßigen Gesprächsformat in Österreich werden sollte. ▶

**2. Oktober 2018 (Wien):  
High Level EU Conference  
„The European Defence  
Fund – Driving Factor for  
Defence Research and  
Innovation“**

Die sicherheitspolitische Lage an Europas Außengrenzen und die Abkühlung des transatlantischen Verhältnisses haben zu einer Reihe von Initiativen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich innerhalb der Europäischen Union geführt. Bereits im Jahr 2013 wurde vom Europäischen Rat die Stärkung der verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis Europas (EDITB) beschlossen. Zur Weiterentwicklung der GSPV folgten 2016 die EU-Globalstrategie (EUGS) und der Europäische Aktionsplan für Verteidigung (EDAP) mit dem dazugehörigen European Defence Fund (EDF).

/ Im Vorschlag der Europäischen Kommission (EK) zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 vom 2. Mai 2018 wurde erstmalig ein eigenes Kapitel „Security & Defence“ mit den Teilbereichen „European Defence Fund (EDF)“ und „Military Mobility“ aufgenommen. Dabei ist für den EDF ein Volumen von 13 Mrd. € vorgesehen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission (EK) definiert den Fonds als Instrument zur Förderung der Verteidigungsforschung und -entwicklung, um Fähigkeitslücken in den Mitgliedstaaten abzudecken. Damit stehen erstmals im EU-Haushalt erhebliche Budgetmittel zur stärkeren Vernetzung Europas in diesem Bereich zur Verfügung. Ziel ist nicht nur, die EDITB innovativer und konkurrenzfähiger zu machen, sondern in Zukunft auch vermehrt Synergien zu nutzen. Das soll die Beschaffungskosten für gemeinsame Vorhaben verringern.

/ Im jetzigen EDF-Planungsstand von 13 Mrd. € sind 4,1 Mrd. € für Forschung und weitere 8,9 Mrd. € für Projekte im Bereich Entwicklung vorgesehen. Dazu gibt es auch entsprechende Vorbereitungsprogramme, nämlich die Preparatory Action on Defence Research (PADR) im Zeitraum 2017–2020 mit einem Volumen von 90 Mio. € und das European Defence Industrial Development Programme (EDIDP) für 2019 und 2020 in einer Größenordnung von 500 Mio. €.



*The European Defence Fund – Driving Factor for Defence Research and Innovation. Man sei auf dem Weg zur „bisher tiefgreifendsten Verteidigungszusammenarbeit in der Europäischen Union“, so Verteidigungsminister Kunasek bei der Konferenz.*

/ Der EDF als ein Wissenschafts-, Forschungs- und Industrieentwicklungsprogramm ist zusätzlich noch in andere Initiativen zur Stärkung der europäischen Verteidigung eingebettet. Damit soll vor allem erreicht werden, dass künftig Fähigkeitslücken der Mitgliedstaaten durch den Koordinierten Jahresbericht zur Verteidigung (Coordinated Annual Review on Defence – CARD) sowie den Fähigkeitsentwicklungsplan (Capability Development Plan – CDP) der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) erkannt werden und die Vergabe der Mittel des EDF nach festgelegten Prioritäten und in abgestimmter Weise erfolgen. Die am 13. Juni 2018 von der Europäischen

Kommission lancierte EU-Verordnung über den EDF („Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds“) wird in Brüssel unter österreichischem Ratsvorsitz durch die Ratsarbeitsgruppe „Friends of the Presidency (FoP EDF)“ erarbeitet. Erstmals kann das BMLV eine Verordnung des Sekundärrechts innerstaatlich federführend gestalten und damit im Bereich des EU-Gesetzgebungsverfahrens aktiv tätig werden. Bei der formalen Tagung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten im Format der Verteidigungsminister (siehe unten) sollte am 19. November 2018 dazu ein sogenannter „Partial Coun-

cil General Approach“ angenommen werden, bevor dann die Trilog-Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament beginnen.

/ Aus diesem Grund organisierte das BMLV am 2. Oktober 2018 für mehrere hundert geladene Spezialisten eine hochrangige Konferenz im Wiener Museumsquartier. Laut einleitender Worte durch Bundesminister Mario Kunasek setze die EU gegenwärtig „historische Schritte“, denn „erstmalig in ihrer Geschichte werden Finanzmittel in durchaus erheblichem Umfang für den Ver-

teidigungssektor aus dem EU-Haushalt zur Verfügung gestellt“. Weiters betonte er, „dass sich in den letzten zwei Jahren auf europäischer Ebene eine erhebliche Dynamik im Sicherheits- und Verteidigungsbereich entwickelt hat“ – man sei damit auf dem Weg zur „bisher tiefgreifendsten Verteidigungszusammenarbeit in der Europäischen Union“.

/ Vor dem Hintergrund der geostrategischen Entwicklungen wird es eine zentrale Aufgabe des EDF sein, die dringend notwendige sicherheitspolitische Autonomie Europas zu stärken.

„Der EDF wird insbesondere die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von KMU und Midcap-Unternehmen unterstützen und die Entwicklung der europäischen Verteidigungsindustrie fördern. Dabei soll auch sichergestellt werden, dass nicht nur Mitgliedstaaten mit bereits am Markt etablierten Verteidigungsindustrien profitieren, sondern auch Nischenindustrien kleinerer Mitgliedstaaten wie Österreich“, führte Finanz-Staatssekretär MMag. DDr. Hubert Fuchs in seinen Schlussbemerkungen zu dieser Konferenz aus.

**B. Zahlreiche hochrangige EXPERTENGESPRÄCHE in Wien/Brüssel/Wr. Neustadt:**

**Impulsvortrag des Chefs des Generalstabs, General Mag. Robert Brieger, beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) am 13. September 2018**

Über die militärischen Präzisionsprogrammschwerpunkte und die wesentlichsten Ergebnisse des informellen EU-Verteidigungsministertreffens (siehe oben) informierte der österreichische Generalstabschef am 13. September 2018 die Mitglieder dieses Brüsseler Diplomatenremiums, das die einzelnen GASP-/GSVP-Ratsbeschlüsse vorbereitet.

**Empfang an der Militärvertretung Brüssel am 20. September 2018**

Vertreter der einzelnen europäischen Institutionen, vor allem auch der unmittelbar militärraffinen Agenturen, aber auch die meisten der bei den in Brüssel dislozierten internationalen Organisationen tätigen Militärdiplomaten kamen am 20. September 2018 an der Militärvertretung Brüssel zu einem geselligen Vernetzungstreffen zusammen.

*Eröffnungsworte durch Generalsekretär Wolfgang Baumann: „Ohne den Westbalkan bleibt die europäische Integration unvollständig.“*

**Teilnahmen von Generalsekretär Mag. Dr. Wolfgang Baumann als Panelist an der WKO-Veranstaltung „Match Making zum Thema EDIDP, PADR und EDF“ am 3. Oktober 2018 sowie bei der Interparlamentarischen Konferenz für die GASP/GSPV am 11. Oktober 2018**

Der Industry Matchmaking Workshop vernetzt europäische Unternehmen für zukünftige gemeinsame Projekte im Rahmen des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP). Die ASW und AICAT veranstalteten gemeinsam mit dem europäischen Dachverband ASD am 3. Oktober 2018 in der Wiener

WKO einen „Industry Matchmaking Workshop on the European Defence Industrial Development Programme (EDIDP)“. Bei diesem vom BMLV unterstützten Workshop präsentierten über 30 Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte vor mehr als 250 Teilnehmern aus über 25 Nationen. Die Veranstaltung diente sowohl der Vernetzung zwischen den Unternehmen als auch der Vorbereitung auf die EDIDP-Projektausschreibungen zu Jahresbeginn 2019.

/ Die interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) setzt sich seit 2012 mit Fragen zur parlamentarischen



© PARLAMENTSDIREKTION/THOMAS JANTZEN

Kontrolle der Außen- und Verteidigungspolitik der EU auseinander und schafft eine Plattform für Meinungs- und Informationsaustausch zwischen den nationalen Parlamenten, dem Europäischen Parlament und der EK. Aufgrund des österreichischen Ratsvorsitzes wurde diese hochrangige Konferenz am 11. Oktober 2018 in Wien veranstaltet.

/ Die Veranstaltung fand am Erste Campus in Wien vor ungefähr 170 Teilnehmern, Abgeordneten aus den EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament sowie Delegierten aus den Kandidatenländern statt. Neben der Debatte aktueller Fragen der parlamentarischen Kontrolle der Außen- und Verteidigungspolitik der EU wurden Themen wie die Stabilisierung des Westbalkans, die Migrationskrise und auch die Rolle der EU in internationalen Konflikten näher beleuchtet.

/ Das gerade für Österreich wichtige Thema der ersten Session lautete: „Sicherheit, Migration und Außengrenzschutz“. Generalsekretär Mag. Dr. Wolfgang Baumann erinnerte in seinen Eröffnungsworten daran, dass Österreich 2015 maßgeblich von den Migrations- und Fluchtbewegungen über die Westbalkanroute betroffen war, und nutzte das Format, um die österreichischen Reformvorschläge zum Außengrenzschutz neuerlich aufs Tapet zu bringen. Er betonte dabei: „Der Schutz der Außengrenzen vor illegaler Migrati-

on ist keine militärische Aufgabe. Streitkräfte können jedoch Zivilbehörden militärisch unterstützen – beispielsweise um Belastungsspitzen abzudecken und um in außergewöhnlichen Situationen eine Überbrückungsfunktion zu leisten.“ Auch die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hat im Rahmen des informellen EU-Verteidigungsministertreffens (siehe oben) festgehalten, dass zivil-militärische Zusammenarbeit das Herzstück des europäischen Sicherheitsansatzes sei.

**„Away Days“ der Arbeitsgruppe des EU-Militärausschusses (EUMCWG) und der Arbeitsgruppe des EU-Militärausschusses/Planziel-Task-Force (EUMCWG/HTF) von 3. bis 5. Oktober 2018 sowie Tagung des EU-Militärausschusses (EUMC „Away Days“) von 10. bis 12. Oktober 2018**

Der Militärausschuss der Europäischen Union (EU Military Committee – EUMC) ist das höchste militärische Gremium im Rat. Er leitet alle militärischen Aktivitäten im Rahmen der EU, insbesondere die Planung und Durchführung von Militärmissionen und -operationen im Rahmen der GSVP sowie die Entwicklung von militärischen Fähigkeiten. Er berät das PSK militärisch und gibt Empfehlungen zu Militärfragen ab. Der EUMC setzt sich aus den

Generalstabschefs der Mitgliedstaaten zusammen, die in der Regel durch ihre ständigen militärischen Vertreter repräsentiert werden. Ein ständiger Vorsitz wird auf Ebene der Generalstabschefs ausgewählt und vom Rat ernannt. Bis 6. November 2018 liegt der Vorsitz beim griechischen General Mikhail Kostarakos, im Anschluss übernimmt der italienische General Claudio Graziano.

/ Beim informellen Abendessen am 10. Oktober 2018 im Wiener Rathauskeller begrüßte der Chef des Generalstabs, Gen Mag. Robert Brieger, den Vorsitzenden und die Delegierten des EUMC sowie Vertreter weiterer Institutionen, wie des EU-Militärstabs, zu ausführlichen Gesprächen.

/ Generalsekretär Mag. Dr. Wolfgang Baumann ging in seiner Rede bei der Abendveranstaltung im HGM am 11. Oktober 2018 auf die Schwergewichte des österreichischen EU-Ratsvorsitzes ein. Die gemeinsamen Anstrengungen für einen besseren Schutz der Außengrenzen waren ein Schwerpunkt der Diskussionen: „Unser Hauptziel in diesem Zusammenhang ist es, eine Wiederholung der unglücklichen Entwicklungen im Jahr 2015 zu verhindern“, stellte Baumann in seinen Ausführungen fest. Die Prioritäten der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft sind in erster Linie der Schutz der Außengrenzen, die Sicherheit des westlichen Balkans/Südosteuropas, PESCO und zivil-militärische Kooperationen. Der strategische Blick der EU auf den ganzheitlichen Charakter dieser Problemfelder sei bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben unabdingbar. Bedrohungen erscheinen oft in innerlichen und äußerlichen Kontexten zugleich. Um ihnen entgegenzuwirken, müssen die zivil-militärischen Synergien gestärkt werden. Österreich habe in diesem Zusammenhang einen erfolgreichen zivil-militärischen Mechanismus entwickelt, der nun auch anderen Regionen zur Verfügung gestellt werden kann.



© BUNDESHEER/TRIPPOLT

General Brieger empfängt General Kostarakos, den Vorsitzenden des EU-Militärkomitees, im Innenhof des Verteidigungsministeriums.



Die verteidigungspolitischen Direktoren aller EU-Mitgliedsstaaten und Vertreter der EU-Institutionen bei ihrem ersten Treffen in Österreich am 19. Juli 2018

© BUNDESHEER/CARINA KARLOVITS

/ Am 11. Oktober 2018 wurde den EUMC-Delegierten von der 3. Jägerbrigade in Mautern das österreichische Einsatzunterstützungsbataillon für die EU Battle Group vorgestellt. Weiters gab es eine Vorführung zum Assistenzeinsatz zur Grenzraumüberwachung und der Sofortrettung von Zivilisten nach einem Terroranschlag bzw. Einsatz eines Entschärfungsteams. Zusätzlich wurden den Teilnehmern während ihres Aufenthalts im Rahmen eines Kulturprogramms die Sehenswürdigkeiten der Stadt Wien präsentiert.

**Informelles Treffen der Verteidigungspolitischen Direktoren der EU am 9. Oktober 2018**

Am 9. Oktober 2018 führten die Verteidigungspolitischen Direktoren (Defence Policy Directors, DPD) Fachgespräche in Brüssel. Diese Treffen werden grundsätzlich vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) viermal im Jahr organisiert, zwei in Brüssel und zwei im Land der jeweiligen Ratspräsidentschaft. Kernstück ist dabei die Diskussion aktueller Fragen zur GSVP in Vorbereitung auf die formalen Treffen der EU-Verteidigungsminister. Im Rahmen dieses DPD-Treffens gab

die EK über den aktuellen Verhandlungsstand zum EDF Auskunft. In einer zweiten Arbeitssitzung wurde die Einrichtung der Military Planning and Conduct Capability (MPCC) diskutiert, dabei fand ein Gedankenaustausch zur Europäischen Friedensfazilität (EPF) statt.

/ Ebenso wurden die aktuellen EU-NATO-Beziehungen mit Fokus auf hybride Bedrohungen, Cyber und Übungen erörtert, dazu nahm NATO Assistant Secretary General Patrick Turner an einem Arbeitsmittagessen teil. Im Rahmen der thematischen Kooperation wurde bisher das European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats in Helsinki eingerichtet. Weitere Maßnahmen waren die Einführung einer einschlägigen EU-Arbeitsgruppe zu diesem Thema und die thematische Intensivierung der Kooperation im Bereich hybride Bedrohungen und Kriegsführung.

/ Vor diesem Treffen der Verteidigungspolitischen Direktoren fand noch ein Meeting im Kreis der CEDC statt. Dort wurden vorrangig die für das Jahr 2019 seitens Ungarn geplante CEDC-Grenzschutzübung und die österreichischen Ergebnisse zum Westbalkanschwerpunkt besprochen, das oben schon vorerwähnte CEDC-

PESCO-Projekt „CBRN SaaS“ gleichfalls thematisiert.

**Internationales Seminar der Kommandanten der Militärakademien in den EU-Mitgliedstaaten von 24. bis 26. Oktober 2018 an der TherMilAk**

Auf Einladung der Theresianischen Militärakademie (TherMilAk) trafen sich von 24. bis 26. Oktober 2018 in Wiener Neustadt 35 Kommandanten und Rektoren von Militärakademien aus ganz Europa, darunter auch der Leiter des European Security and Defence College. Insgesamt 70 Personen aus 19 Nationen diskutierten über gemeinsame aktuelle und zukünftige Projekte der Offiziersausbildung (vermehrte Internationalisierung, Einrichtung einer regionalen Offiziers- und Sicherheitsakademie für den Westbalkan).

/ Eines der Schwerpunktthemen war die Information und Umsetzung der Maßnahmen der „European initiative for the exchange of young officers, inspired by Erasmus“.

/ Die TherMilAk unterhält im Rahmen ihres FH-Bachelor-Studienganges Militärische Führung 30 Kooperationsübereinkommen mit europäischen ▶

Partnerinstitutionen. Alle zukünftigen Offiziere erfüllen ein verpflichtendes sechswöchiges Auslandspraktikum, haben die Möglichkeit, ein Semester im Ausland zu studieren oder eines der angebotenen und kompatiblen Module der Partnerinstitutionen zu besuchen. Derzeit studieren rund 20 Kadetten aus dem Ausland an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt. Zusätzlich befinden sich in einem bilateralen Zusammenarbeitsprogramm Österreichs mit Bosnien und Herzegowina 15 bosnische Offiziersanwärter in Vorbereitung auf die Ausbildung an der TherMilAk.



19 Nationen der EU vereint an der TherMilAk zum EMACS2018 – European Military Academies Commandants' Seminar

© THERMILAK/GERHARD SEEBER

## C. Die EU-HAUPTVERANSTALTUNG in Belgien:

### 19./20. November 2018 (Brüssel): Tagung des Rats Auswärtige Angelegenheiten im Format der EU-Verteidigungsminister

Bei dieser formalen Ratstagung besprachen die Außen- und Innenminister der EU am 19. November 2018 in gemeinsamer Sitzung die vorrangig aktuellen Themen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, wie etwa den Pakt für die zivile GSVP (Civilian CSDP

Compact), den Militärischen Planungs- und Durchführungsstab (Military Planning and Conduct Capability, MPCC), CARD, EDF, EPF sowie Military Mobility, und nahmen dazu auch Schlussfolgerungen an.

/ Am 20. November 2018 diskutierten die EU-Verteidigungsminister im EVA-Lenkungsausschuss über das Jahresbudget 2019. Danach wurden – im Beisein von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg – die EU-NATO-

Beziehungen erörtert. Abschließend wurde noch über die laufenden GSVP-Missionen und -Operationen beraten, insbesondere betreffend EUNAFOR MED SOPHIA.

/ Während beider Sitzungstage waren die Minister in die laufende zivil-militärische Lageübung zur Überprüfung der institutionellen Krisenmechanismen (EU-NATO) eingebunden. ✕

Verteidigungsminister Kunasek mit Außenministerin Kneissl am Rat der Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel



### AUSBLICK (DEZEMBER 2018)

Unter dem Motto „Wir ziehen Bilanz: Was haben wir erreicht und wie geht es nun weiter?“ ist am 4. Dezember 2018 in Wien das politische Resümee von Bundesminister Mario Kunasek zu EU-18 geplant. Projektleiter GenMjr Mag. Johann Frank wird danach ebenfalls Bilanz ziehen, daran anschließend soll eine Expertendiskussion über die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik stattfinden.

/ Für den 17. Dezember 2018 ist beabsichtigt, dass Bundesminister Mario Kunasek in Wien den Angehörigen der ressortinternen Projektorganisation EU-18 persönlich seinen „Dank und Anerkennung“ aussprechen wird. (Redaktionsschluss für diese Ausgabe von „Der Offizier“ war Ende November)

Quellenangaben (Auszug): www.eu2018.at; www.bundesheer.at; www.edf-vienna2018.at; www.europa.eu; www.parlament.gv.at; www.wko.at; „BMLV-Führungskräfte-Newsletter“ (Nr. 1 bis 12); „MILIZinfo“ 2/2018; „Der Offizier“ Nr. 2 und 3/2018; „ÖMZ“ Nr. 6/2018

# Projekt „Gemeinsamer Schutz der EU-Außengrenzen“ – die neue FRONTEX-Verordnung

MAG. SANDRA MAYER

Herausforderungen und Maßnahmen der EU für ein sicheres Europa. Doch welche Ziele werden von der Europäischen Kommission verfolgt, um unsere Außengrenzen zu schützen?

Eines der zentralen Themen des informellen EU-Gipfels in Salzburg Ende September 2018 war unter anderem der Schutz der EU-Außengrenzen. Um einen weiteren Schritt in diese Richtung zu setzen, stellte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die neue FRONTEX-Verordnung vor. Zu den Neuerungen dieser schon seit 2005 existierenden Rechtsvorschrift zählt, dass bis zum Jahr 2020 die Europäische Grenz- und Küstenwache von derzeit 1.600 auf 10.000 Personen erweitert werden soll. Ein Grund für diese Aufstockung ist laut Kommission, dass dadurch der immer mehr ansteigenden Zahl an irregulären Migranten entgegengewirkt werden soll. Für Österreich würde diese Erweiterung bedeuten, dass dieses Projekt mit ca. 200 Personen als Grenzpersonal zu unterstützen wäre. Zwar ist Grenzschutz gemäß den europäischen Verträgen eine überwiegend nationale Aufgabe, doch soll die Agentur für Grenz- und Küstenwache die Mitgliedstaaten, wenn notwendig, mit personellen und technischen Ressourcen unterstützen. Zudem sollen Risikoanalysen dafür sorgen, dass überall in der Union dieselben Standards herrschen. Damit soll ein funktionierender Grenzschutz erreicht werden.



### Was ist FRONTEX?

FRONTEX ist ein Akronym in französischer Sprache und bedeutet „frontières extérieures“, auf Deutsch „Außengrenzen“. Allerdings lautet die korrekte Bezeichnung: Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache. Die Agentur für Grenz- und Küstenwache wurde bereits am 1. Mai 2005 durch EU-Verordnung geschaffen. Im Laufe der vergangenen Jahre erschien es aber insbesondere auf Grund des immer stärker werdenden Drucks an den Außengrenzen erforderlich, striktere Grundlagen für ein funktionierendes Grenzmanagement zu schaffen.



Joint Action Day Mobile 2018 – Die Operation konzentrierte sich darauf, gestohlene Autos und Autoteile sowie erwiesenen Dokumentenbetrug zu stoppen. Sie zielte auch auf kriminelle Netzwerke ab, die die irreguläre Migration und den Drogenschmuggel erleichtern.

© FRONTEX

Die vorgestellte, geplante Neuregelung 2018 zielt insbesondere darauf ab, ein funktionierendes Management der EU-Außengrenzen sicherzustellen, um die Migration wirksamer steuern zu können. Dadurch soll innerhalb der Union ein höheres Maß an innerer Sicherheit gewährleistet werden können. Allerdings bleiben die Kernaufgaben der Agentur auch weiterhin dieselben; das sind etwa das Management der Außengrenzen und die Rückführung von Migranten.

### Was ändert sich durch die geplante Neufassung?

Die Neuregelung soll eine rechtliche Klarstellung der Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Agentur bringen. Ebenso wird eine verbesserte Zusammenarbeit mit Drittstaaten in Sicherheits- und Grenzschutzfragen angestrebt. Im Bereich des gemeinsamen Informationsaustauschs zwischen der Kommission, der Agentur, den Mitgliedstaaten und Drittstaaten sind zusätzlich Verbesserungen geplant. ➤



© PRUDLO

### ZUR PERSON

Mag. Sandra Mayer ist Juristin im BMLV/FLeg und spezialisiert auf Legislativvorhaben zu den Themen „Migration, Datenschutz und Gold Plating“.



Joint Operation Themis 2018 – Die gemeinsame Operation Themis hat die Operation Triton abgelöst, wobei der Fokus auf Strafverfolgung und Sicherheit gelegt wurde.



Joint Operation Minerva 2018 – In der Minerva-Operation unterstützen FRONTEX-Beamte die spanischen Behörden in den Hochsommermonaten mit Grenzkontrollen in Häfen, in denen Menschen mit Fähren aus Marokko ankommen. Die Agentur setzt auch gefälschte Dokumentenexperten und Grenzsoldaten ein, die ausgebildet sind, um gestohlene Autos zu erkennen.

Hauptaugenmerk bleibt aber nach wie vor der Erhalt der Freizügigkeit innerhalb der Union.

### Die wichtigsten Elemente des neuen Vorschlags

Die Neuregelung zielt insbesondere darauf ab, die Europäische Grenz- und Küstenwache durch die Schaffung neuer Kapazitäten zu reformieren. Dies soll dadurch geschehen, dass eine „ständige Reserve“, die bis zum Jahr 2020 etwa 10.000 Einsatzkräfte umfassen soll, eingerichtet wird. Die Einsatzkräfte der ständigen Reserve werden von der Agentur zwar unmittelbar beschäftigt, aber von den Mitgliedstaaten an die Agentur für kurz- oder langfristige Einsätze bereitgestellt. Um diese Maßnahme realisieren zu können, werden insgesamt 9,37 Mrd. EUR benötigt werden.

### Die ständige Reserve wird aus drei Kategorien von Einsatzkräften bestehen

Mit diesen Einsatzkräften soll es der Agentur ermöglicht werden, als Grenzpolizei zu handeln. Alle Einsatzkräfte werden auch mit erweiterten Exekutivbefugnissen ausgestattet, etwa mit der Möglichkeit zum Einsatz von Waffen oder zur Anwendung von Gewalt. Die Dienstverhältnisse werden als Zeit- oder Vertragsbedienstetenverhältnis ausgestaltet werden. Für die Einsatzkräfte gelten die Bestimmungen über den Statut der Beamten der Europäischen Union. Alle neu eingestellten Mitarbeiter müssen zudem verpflichtend an einer vollumfassenden Einführungsschulung für Grenzkontroll- oder Rückführungsfunktionen teilnehmen. Die modulartige Zusammensetzung der ständigen Reserve der Grenz- und Küstenwache in drei Kategorien von Einsatzkräften soll genügend Flexibilität schaffen, um die Anforderungen an die individuellen operativen Erfordernisse des Außengrenzschatzes erfüllen zu können. Während das Statutpersonal der Agentur (Kategorie 1) stets der wichtigste Baustein sein wird, können die Einsatzkräfte der Kategorie 2 und der Kategorie 3 je nach Bedarf eingesetzt werden.

**Kategorie 1:** Bei den Einsatzkräften der Kategorie 1 handelt es sich um Personen, die in einem permanenten Dienstverhältnis zur Union stehen. Dieses Statutpersonal ist eine zentrale Komponente der ständigen Reserve. Die Anzahl dieser Personalgruppe wird voraussichtlich von 750 im Jahr 2019 auf 3.000 im Jahr 2025 ansteigen. Ihr Hauptaufgabenbereich wird im Bereich des Grenzmanagements und der Rückkehr liegen. Dieses Personal wird zunächst für einen befristeten Zeitraum von fünf Jahren eingestellt, eine einmalige Verlängerung ist möglich.

**Kategorie 2:** Die Mitgliedstaaten werden sich vor allem mit Einsatzkräften der Kategorie 2 und 3 beteiligen. Diese werden als sogenannte Teammitglieder der Agentur beigegeben. Die Einsatzkräfte der Kategorie 2 werden vor allem für langfristige Missionen entsandt werden. Die Anzahl des zu entsendenden Personals beträgt im Jahr 2020 für Österreich 34 und 68 im Jahr 2025. Diese Art von Personal wird dauerhaft in die verschiedenen Einsatzgebiete entsandt werden.

**Kategorie 3:** Die Einsatzgruppe der Kategorie 3 wird ebenso von den Mitgliedstaaten entsendet werden. Für Österreich bedeutet dies vermutlich, dass im Jahr 2020 etwa 159 und im Jahr 2025 etwa 91 Personen an den FRONTEX-Operationen teilnehmen werden. Die Einsatzkräfte

der Kategorie 3 stehen für einen Zeitraum von höchstens vier Monaten innerhalb eines Kalenderjahres zur Verfügung.

### Erwerb eigener Ausrüstung durch die Agentur

Seitens der Union wurden immer wieder bestehende Materiallücken festgestellt. Um diesen Mängeln entgegenzuwirken, wird es der Agentur durch die Neuregelung ermöglicht, eigene Ausrüstungsgegenstände anzuschaffen. Trotzdem soll die Zusammenlegung von technischer Ausrüstung, die von Mitgliedstaaten bereitgestellt wird, weiterhin erhalten bleiben.

### Errichtung von Außenstellen in den Mitgliedstaaten

Gemäß des Verordnungsvorschlages wird der Agentur die Möglichkeit eingeräumt, in den Mitgliedstaaten, in denen operative Tätigkeiten an den Außengrenzen durchgeführt werden, eigene Außenstellen einzurichten. Die Außenstellen sollen als Schnittstelle zwischen der Agentur und dem Mitgliedstaat dienen, um die Koordination, die Kommunikation und die logistische Unterstützung sowie den reibungslosen Ablauf aller Vorgänge zu gewährleisten. Dies kann jedoch nur mit Zustimmung durch den jeweiligen Mitgliedstaat erfolgen. Bei den Außenstellen handelt es sich um keine permanente Einrichtung; bei erfolgreicher Beendigung des Einsatzes wird die Außenstelle wieder aufgelöst.

### Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Um ein umfassendes Grenzschutzmanagement zu schaffen, arbeitet die Agentur auch mit Drittstaaten zusammen. Eines der Hauptziele ist der Informationsaustausch über Migrationsströme. Die rechtliche Basis für diese Zusammenarbeit bilden bilaterale oder multilaterale Übereinkommen. Besonders der Schutz der Grundrechte und das Refoulement-Verbot sollen im Vordergrund dieser Abkommen stehen. Zusätzlich sollen diese Vorhaben durch die Zusammenarbeit mit den Delegationen der Union und gegebenenfalls den GSVP-Missionen und -Operationen unterstützt werden.

### Was ist EUROSUR?

EUROSUR (European border surveillance system) ist ein Überwachungs- und Informationsaustauschsystem, um irreguläre Einwanderung in die EU zu überwachen und die Reaktionsfähigkeit in Bezug auf das Grenzmanagement zu steigern. Zudem können Informationen etwa über Migrationsströme zeitnah an alle Mitgliedstaaten weitergeleitet werden. Derzeit ist der Anwendungsbereich dieses Systems einge-

schränkt. Mit der Neuregelung soll es zukünftig möglich werden, Informationen mit Drittstaaten auszutauschen.

### Ergebnisse aus der Ratsarbeitsgruppe „Grenzen“

In der Ratsarbeitsgruppe „Grenzen“, die im Oktober 2018 in Brüssel getagt hat, sprachen sich alle Mitgliedstaaten grundsätzlich für eine Stärkung der Kapazitäten von FRONTEX aus. Es wurden jedoch erhebliche Bedenken geäußert, ob die Mitgliedstaaten in der Lage wären, die angegebenen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Als unklar wurde insbesondere erachtet, wie sich die Größe der ständigen Reserve (10.000 Einsatzkräfte) errechnen. Darüber hinaus kritisierten manche Mitgliedstaaten den Zeitdruck im Zuge der Umsetzung, insbesondere bzgl. notwendiger Rekrutierungen und Schulungen von Personal. Gleichwohl begrüßten alle Mitgliedstaaten die vorgesehene verstärkte Unterstützung durch FRONTEX im Bereich der Rückführung. Allerdings wurden von zahlreichen Mitgliedstaaten Souveränitätsbedenken geäußert. Seitens der Europäischen Kommission wurde zu diesem Punkt klargestellt, dass die Kompetenz der Mitgliedstaaten für die Erlassung von Rückkehrentscheidungen und die Anhaltung von Fremden unberührt bleibe. In Zeiten hoher Belastung an den Außengrenzen könnten die Mitgliedstaaten allerdings auf einen Pool von Experten zurückgreifen, welcher unterstützend tätig werden kann.

/ Zusammenfassend ist anzumerken, dass die Verhandlungen zu dieser unionsrechtlichen Verordnung derzeit noch in der Anfangsphase stecken. Daher lassen sich die konkreten Auswirkungen auf die einzelnen Mitgliedstaaten noch nicht nachhaltig abschätzen. Die Zeit und die internationale Sicherheitslageentwicklung werden zeigen, wie sich dieses Projekt „Gemeinsamer Schutz der EU-Außengrenzen“ entwickeln wird. ✕

EUROSUR ist der Rahmen für den Informationsaustausch zur Verbesserung der Verwaltung der Außengrenzen Europas.



© FRONTEX (E)

# Tag der Leutnante und Übernahme in die Armee 2018



Nationalratspräsident Sobotka und Verteidigungsminister Kunasek gratulieren den Leutnanten.

Am 29. September 2018 wurden 23 Berufsoffiziere sowie 43 Milizoffiziere, darunter eine Frau, am Maria-Theresien-Platz in Wiener Neustadt offiziell in die Armee übernommen. Dem Anlass entsprechend nahmen die Führungsspitze des Österreichischen Bundesheeres, zahlreiche Ehren- und Festgäste aus Politik und öffentlichem Leben, das akkreditierte Attachékorps sowie Familienangehörige der neuen Leutnanten am Festakt teil.

## Bestens ausgebildet und zwei Ratschläge

Der Chef des Generalstabes General Mag. Robert Brieger führte in seiner Rede aus, dass „die nunmehrigen Leutnanten in ihrer sowohl im In- als auch im Ausland absolvierten Ausbildung bestens auf die nun kommenden Herausforderungen vorbereitet wurden“. Brieger erwartet von den Leutnanten in ihrer künftigen Position „hohes Engagement und verantwortungsbewusstes Handeln sowie sowohl körperliche als auch geistige Beweglichkeit“.

Der Bundesminister Mario Kunasek zollte den Leutnanten Anerkennung und Respekt, dass sie die Entscheidung, Offizier zu werden, in einer Zeit

getroffen haben, in der das Bundesheer kein hohes Ansehen hatte. „Als Bundesminister und ausgebildeter Unteroffizier gebe ich Ihnen zwei Ratschläge mit: Hören Sie auf erfahrene Kameraden, wagen Sie aber dennoch, auch neue Wege einzuschlagen!“, so Kunasek an die jungen Offiziere gerichtet. Für die Angehörigen führte Kunasek aus: „Ich danke Ihnen für die Begleitung während der Ausbildung und das Verständnis für die langen Dienstzeiten. Es wird aber weiterhin so bleiben! Die jungen Offiziere werden benötigt für die Gewährleistung der Sicherheit Österreichs.“

## Herausforderungen

Der in Vertretung des Bundespräsidenten anwesende Präsident des Nationalrates, Mag. Wolfgang Sobotka, versicherte den Leutnanten, dass sie eine sehr gute Ausbildung erhalten haben. „Dies stellen die Soldaten des Bundesheeres laufend in Einsätzen im In- und Ausland unter Beweis. Veränderungen der Sicherheitslage werden aber auch die neuen Offiziere als Herausforderung mangelnder Ressourcen wird noch Kraft kosten“, so Sobotka. Dem Jahrgangsbesten des Ausmusterungsjahrganges „Reichs-

graf von Abensperg und Traun“, Leutnant Ulrich Kühnel, überreichte der Nationalratspräsident für seine herausragenden Leistungen im Rahmen der Offiziersausbildung den Offiziersäbel. Der Höhepunkt des Festaktes war das Treuegelöbnis auf die Republik Österreich, den die 66 neuen Offiziere erneut ablegten.

## Parade auf der Grazerstraße

Den krönenden Abschluss der Ausmusterungsfeierlichkeiten bildete auch heuer wieder ein Vorbeimarsch auf der Grazerstraße. Unter Verantwortung des Kommandos schnelle Einsätze paradierten rund 900 Soldaten mit 84 gepanzerten und 95 ungepanzerten Fahrzeugen sowie 17 Luftfahrzeugen vor der obersten Führung des Bundesheeres – vor allem aber zu Ehren der jungen Offiziere.

Den zahlreich erschienenen Zuschauern wurden moderne Fahrzeuge, Ausrüstung und Waffensysteme zur Wahrnehmung der Aufgaben an Land, am Wasser sowie in der Luft gezeigt. Auch neu im Bundesheer eingeführtes Gerät wurde dabei der Öffentlichkeit präsentiert. (BMLV/ÖÖG Red.)



Ein Selfie mit Verteidigungsminister Kunasek

# Die neue Initiative einer Verteidigungsforschung der EU – Placebo oder echtes Allheilmittel?

HON. PROFESSOR BRIGADIER DR. HARALD PÖCHER

Die Verteidigungsforschung spielte im Laufe der Geschichte eine bedeutende Rolle für den Wohlstand eines Landes, denn zum einen brachte sie Waffen hervor, welche im Rahmen von zwischenstaatlichen Kriegen die Überlegenheit gegenüber dem Gegner sicherstellen konnten, und zum anderen hat fast jede Entwicklung von Waffen auch die Technologie im Zivilgüter produzierenden Bereich der nationalstaatlichen Industrie nachhaltig angekurbelt. Beispiele sind die technischen Entwicklungen in der Luft- und Raumfahrt, in der Atomindustrie, im Schiffbau, in der Motorisierung und der Informations- und Kommunikationstechnologie mit dem Internet, in den Navigationssystemen und der drahtlosen Telefonie. All diese Grundlagenforschung im Rüstungsbe- reich wurde zu einem hohen Prozentsatz oder gar gänzlich vom Staat finanziert, die Nutznie- ßer davon waren aber die Unternehmen, welche die zivilen Spin-off-Produkte erzeugten und auf den Weltmarkt brachten. Es ist daher nur zu gut verständlich, dass auch die Nationalstaaten die Gewinne aus ihren Investitionen einfahren wol- len. Waren die Nutznießer der Verteidigungsfor- schung im 18., 19. und zu Beginn des 20. Jahrhun-



Rüstungskooperation Eurofighter / Spanien, Italien, Großbritannien, Deutschland – RAF 6 Squadron Eurofighter Typhoons auf der Übung Bersama Lima 11 in Malaysia

derts die europäischen Staaten, so verlagerte sich dieser Vorteil zunehmend über den Atlantik in die USA. Man braucht kein Prophet zu sein, um allein durch die vergleichende Betrachtung der Ausgaben für die Grundlagenforschung der europäischen Staaten und den USA die Feststellung treffen zu können, dass die USA noch eine Zeitlang diese Spitzenposition behaupten wird können. Der Vorsprung der Verteidigungstechnologie Made in USA kann auch durch den Vergleich der Ausgaben für die Verteidigungsforschung aus- gewählter Länder – wie er der Tabelle 1 zu entneh- men ist – nachvollzogen werden.

Wie dieser Vergleich zeigt, sind die Mit- gliedstaaten der Europäischen Union im Ver- gleich zu den USA, was die Verteidigungsfor- schung betrifft, bedeutungslos und können nur im Verbund eine Bedeutung im Verteidigungs- forschungsbereich erlangen.

## 1. Die derzeitige Situation der Ausrüstung der Streitkräfte in Europa im Vergleich mit den USA

Ein weiterer gravierender Nachteil Europas ist die Zersplitterung der Verteidigungsindustrie, was sich auch auf die uneinheitliche Bewaff- nung der einzelnen europäischen Streitkräfte auswirkt – siehe hierzu auch die Tabelle 2:

TABELLE 1: Ausgaben für die Verteidigungsforschung in Mrd. Euro (gerundet) in den USA und ausgewählter Länder der EU im Jahre 2013\*

Land	Ausgaben in Mrd. Euro
USA	80
Frankreich	4
Großbritannien	3,3
Deutschland	1,5
Schweden	0,200
Italien	0,150
Finnland	0,060
Österreich	0,002

\* Quelle: Für USA: <https://www.aaas.org/news/fy-2018-omnibus-data-tables> (abgefragt am 22. August 2018), für die EU-Staaten: Study: The Future of EU Defence Research, European Parliament, Directorate General for External Policies/Policy Department, 2016, Seite 42

TABELLE 2: Europäische Ineffizienzen im Betrieb von Großwaffensystemen\*

	Landstreitkräfte	Seestreitkräfte	Luftstreitkräfte
EUROPA	17 verschiedene Kampfpanzer	29 verschiedene Kampfschiffstypen	20 Kampfflugzeugtypen
USA	1 Kampfpanzer	4 verschiedene Kampfschiffstypen	6 Kampfflugzeugtypen

\* Quelle: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-eu-defence-fund\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-eu-defence-fund_en.pdf), Seite 2, abgefragt am 7. Juli 2018

Europäische Ineffizienzen bei Großwaffensystemen. Diese Unwirtschaftlichkeit führt in Europa gesamt betrachtet zu zusätzlichen Mehrausgaben von bis zu 100 Milliarden Euro jährlich. Die Gründe dafür sind, dass nach wie vor fast 80 Prozent aller Beschaffungen im Verteidigungssektor in Europa auf nationaler Ebene ablaufen und die Bemühungen um einen einheitlichen europäischen Rüstungsmarkt bislang offensichtlich ins Leere gelaufen sind.

/ Rüstungskoperationen mit herzeigbaren Ergebnissen zwischen europäischen Staaten fanden in den letzten Jahrzehnten nur in einer überschaubaren Anzahl statt, herausragend sind die Entwicklung und Produktion des Eurofighters (Spanien, Italien, Großbritannien, Deutschland), des Kampfschützenpanzers ASCOD (Spanien, Österreich) oder des Transporthubschraubers NH90 (Deutschland, Frankreich, Italien und zu einem geringen Prozentsatz auch die Niederlande). Bedingt durch diese mangelnde Zusammenarbeit zwischen den europäischen Rüstungsindustrien haben die einzelnen Streitkräfte der europäischen Staaten daher auch gravierende Probleme bei der Interoperabilität in einem gemeinsamen Einsatz von Streitkräften.

## 2. Die bisherigen nationalen Ansätze und die bisherigen Bemühungen der EU

Die gemeinsame Entwicklung von Fähigkeiten für die Streitkräfte der Mitgliedstaaten war der EU zwar schon immer ein Anliegen, aber erst

2004 wurde die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) / European Defence Agency (EDA) gegründet, welche die zentrale Institution der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist. Die EVA fördert den operativen Bedarf und die Bedarfsdeckung und trägt dadurch maßgeblich zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei. Die EVA kann seit ihrer Gründung auf einige positive Ergebnisse ihrer Arbeit verweisen, der große Wurf ist ihr aber noch nicht gelungen. Es war daher nur ein logischer Schluss, dass die Verantwortungsträger in der EU sich ihrer Pflichten besonnen haben und mit dem Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan und dem Europäischen Verteidigungsfonds Instrumente ins Leben gerufen haben, welche weit über die Kompetenzen der EVA hinausgehen und Hoffnung zu einem neuen Impuls in Richtung verbesserter Verteidigungsfähigkeit Europas geben.

## 3. Die EU-Initiative „Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan/EVAP – Europäischer Verteidigungsfonds/EVF“

Der Europäische Rat erkannte bereits 2013 die Notwendigkeit, dass die Staaten der Europäischen Union eine innovativere und wettbewerbsfähigere europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis (European Defence Technological and Industrial Base/ED-TIB) schaffen müssen. Drei Jahre nach diesem Bekenntnis folgten schließlich mit der Globalen Strategie der EU sowie dem Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan (European Defence Action Plan/EDAP) der Europäischen Kommission weitere Grundlagen, die die Bedeutung der Verteidigungsforschung hervorhoben. Einer der Kernstücke des EDAP ist der Europäische Verteidigungsfonds (European Defence Fund/EDF), welcher konkrete Maßnahmen vorschlägt, wie in Zukunft die Verteidigungsforschung zielgerichteter erfolgen soll. Das Herzstück des EDF sind ein Forschungsfenster und ein Fähigkeitenfenster, welche aus dem Konzept der Permanent Structured Cooperation in Defence (PESCO) / Ständige Strukturierte Zusammenarbeit abgeleitet werden, mit denen

eine nahtlose Überführung von Forschungsergebnissen in die Entwicklung neuer Produkte ermöglicht werden soll. Mit diesem Mechanismus sind einerseits erstmals EU-Finanzmittel für die Verteidigungsforschung und andererseits für ein besseres Zusammenwirken der Mitgliedstaaten sowie der Wirtschaft bei der Entwicklung und Beschaffung von verteidigungsrelevanten Technologien vorgesehen.

/ Die finanzielle Dotierung dieses Fonds sieht vor, dass im Zeitraum 2021 bis 2027 rund 13 Milliarden Euro in den Fonds hineinfließen sollen, davon sind 4,1 Milliarden Euro aus dem EU-Budget und 8,9 Milliarden als Ko-Finanzierungsmittel der Mitgliedstaaten vorgesehen. Bis zum Wirksamwerden des Fonds ab 2021 ist als Übergang vorgesehen, dass bis 2020 rund 90 Millionen Euro aus dem EU-Budget aufgewendet werden.

/ Damit die nationalstaatlichen Interessen in den Hintergrund gerückt werden, ist der Zugriff auf den Geldtopf an bestimmte Bedingungen geknüpft. Mit dem EU-Geld werden nur Projekte gefördert, an welchen mindestens drei Teilnehmer, bevorzugt kleine und mittelständische Unternehmen, so genannte KMU, aus drei verschiedenen Mitgliedsländern teilnehmen. Weiters werden nur jene Projekte gefördert, welche auf der Prioritätenliste der benötigten Fähigkeiten ganz vorne stehen und der Beschleunigung des PESCO-Prozesses besonders förderlich sind, dies sind

- Sicherstellung von weltraumbasierten Informations- und Kommunikationsdiensten
- Verbesserung der Informationsüberlegenheit
- Erhöhung der Fähigkeiten der Landstreitkräfte
- Verbesserte logistische und medizinische Unterstützung
- Erhöhung der Manövrierfähigkeit von Marineschiffen
- Verbesserte Kontrolle der Meere unterhalb des Meeresspiegels
- Verbesserung der Luftbeweglichkeit
- Eine volle Integration der militärischen Luftbewegungen in einem sich verändernden internationalen Luftverkehrssektor
- Verbesserung der bereichsübergreifenden Fähigkeiten, die dazu beitragen, den Fortschritt des PESCO-Prozesses zu fördern

Des Weiteren sind rund fünf Prozent der Gesamtsumme des Fonds für sogenannte Hochrisikoforschungsprojekte vorgesehen. Darüber hinaus werden nur solche Projekte gefördert,



Rüstungskoperation ASCOD / Spanien, Österreich – Österreichischer Kampfschützenpanzer Ulan

© BUNDESHEER/GUENTHER FILZWIESER

INTEROPERABLE  
EINSATZERPROBTE

C4I  
SOFTWARE

STATIONÄR  
VERLEGEFÄHIG  
MOBIL

[www.systematic.com/lagedienst](http://www.systematic.com/lagedienst)



© EUROFIGHTER/GEOFFREY LEE, PLANEFOCUS LIMITED

Rüstungskooperation Eurofighter / Spanien, Italien, Großbritannien, Deutschland – RAF 6 Squadron Eurofighter Typhoons auf der Übung Bersama Lima 11 in Malaysia

welche bei einer Entwicklung bis zur Serienreife auch tatsächlich von den Mitgliedstaaten gekauft werden wollen.

/ Es wird sich also in den nächsten Jahren zeigen, ob die großen Mitgliedstaaten in der EU mit einer noch funktionstüchtigen Rüstungsindustrie gewillt sind, mit anderen Konkurrenten am Rüstungsmarkt zusammenzuarbeiten und die Ergebnisse der EU-finanzierten Forschungsarbeiten gemeinsam nutzen zu wollen, oder aus purem Eigennutz keinerlei Willen zur Zusammenarbeit zeigen. Für die europäischen Streitkräfte wäre es auf jeden Fall ein Vorteil, wenn als Resultat des EVAP günstigere standardisierte Waffensysteme am Markt wären und sich die Staaten Europas dadurch mit den verfügbaren Verteidigungsbudgets mehr Waffensysteme leisten könnten.

/ Mit dieser finanziellen Dotierung des Fonds wird die EU zum viertgrößten Investor bei der Verteidigungsforschung in Europa, und mit diesem Mechanismus wird in der EU zum ersten Mal der gesamte Bereich von der Forschung über die Entwicklung bis hin zur Beschaffung einerseits durch namhafte Budgetmittel und andererseits durch die Bereitstellung diverser Finanzinstrumente der Europäischen Kommission unterstützt. Mit der Entwicklung der Rahmenbedingungen liegt es nun an den einzelnen Mitgliedstaaten, ein eigenes Verteidigungsforschungsprogramm einzurichten.

#### 4. Folgerungen des EVAP und EVF für Österreich

Der Autor, ein österreichischer habilitierter Militärökonom, kann mangels gesicherter Daten nur die Folgerungen des EVAPO und EVF für Österreich grob skizzieren. Aus dem aktuellen Regierungsprogramm kann abgeleitet werden,

dass es für Österreich auch von Bedeutung ist, Verteidigungsforschung zu betreiben, um die volle Einsatzfähigkeit des Bundesheeres für alle Aufgabenstellungen garantieren zu können. Bei der Ausgestaltung der Verteidigungsforschung in Österreich soll man sich die Aussendungen der EVA vergegenwärtigen. Aus den Informationen geht hervor, dass durch die geplanten Investitionen der öffentlichen Hand im Bereich der Verteidigung generell positive Effekte für die europäische Wirtschaft (Bruttowertschöpfung, Beschäftigung und Steuereinnahmen) zu erwarten sind. Des Weiteren ist auch die Multiplikatorenwirkung dieser öffentlichen Ausgaben nicht zu unterschätzen, da die Ausgaben im Verteidigungsbereich generell ausgeprägter sind als etwa die öffentlichen Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Investitionen im Verteidigungsbereich lösen nicht nur makroökonomische Effekte aus, sondern führen auch zu technologischen Externalitäten, welche beispielsweise beim Eurofighter-Typhoon-Programm etwa 7,2 Milliarden US-Dollar waren.

/ Österreich bezahlt regelmäßig eine bestimmte Summe nach Brüssel in den gemeinsamen EU-Haushalt, aus welchem auch der Europäische Verteidigungsfonds gespeist wird. Es wäre daher schon aus grundsätzlichen Überlegungen unklug, würde Österreich sich nicht am Europäischen Verteidigungs-Aktions-Plan beteiligen, denn sonst wäre ja der österreichische Anteil am EVF als „sunk costs“ zu bezeichnen. Österreichs Anteil am EU-Budget beträgt zurzeit 2,5 Prozent; es sollte daher zumindest ein Betrag von 2,5 Prozent aus dem EVF wieder nach Österreich zurückfließen. Österreich sollte zwischen 2021 und 2027 im günstigsten Fall fast 100 Millionen Euro Rückflusspotenzial aus dem Titel einer Teilnahme am European Defence Research Programme ansprechen können. Des Weiteren könnten noch Mittel aus dem European Defence Industrial Development Programme angesprochen werden.

/ Die Verteidigungsindustrie wurde in Österreich in den 1990er Jahren in erster Linie durch Machenschaften von Friedensaktivisten und linksorientierten Kreisen zu einem marginalen Teil der Gesamtindustrie. Heute besteht der Kernbereich der Verteidigungsindustrie aus knapp 100 kleinen und mittleren Unternehmen mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz in den letzten Jahren von nicht einmal 2,5 Milliarden Euro. Investiert sollte in Österreich in erster Linie bei jenen Unternehmen der Verteidigungsbranche werden, welche in ausbaufähigen technologischen Bereichen tätig sind, insbesondere im IKT-Bereich, welcher als eine der

großen Zukunftsbranchen angesehen wird. Die größte Herausforderung besteht dabei aber nicht darin, die richtigen Unternehmen auszuwählen, die gefördert werden sollten, sondern die derzeit bestehenden Chancen nicht zu verpassen, da ein späteres Aufholen kaum mehr möglich ist oder nur mehr mit einem hohen Aufwand sichergestellt werden kann.

#### 5. Zusammenfassende Überlegungen

Die jüngsten Ereignisse in Europa seit der Migrationskrise 2015 haben den Grenzschutz und die Verteidigung Europas wieder in den Vordergrund gerückt. Dies führte zumindest papiermäßig dazu, dass die Streitkräfte wieder mehr Gewicht bekommen und Initiativen zur Herbeiführung einer Effizienz der Streitkräfte der Mitgliedstaaten der EU weiter nach oben auf die Agenda gesetzt worden sind. Um die Lücke der Fähigkeiten zwischen den Streitkräften der USA und den Mitgliedstaaten der EU etwas zu verkleinern, wurde der Europäische Verteidigungs-Aktionsplan mit einem Europäischen Verteidigungsfonds ins Leben gerufen. Es wird nun an den einzelnen Mitgliedstaaten liegen, ob dieser Plan tatsächlich in die Pra-

xis umgesetzt wird und der Fonds von allen Mitgliedstaaten – darunter auch Österreich – genutzt wird. Als Kenner der Vorgänge in den europäischen Entscheidungsgremien und als Kenner der bisherigen Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich erscheint dem Autor ein Sinnspruch, welcher vom großen deutschen Dichter Johann Wolfgang von Goethe stammt, durchaus passend zu sein: „Die Botschaft hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ Auf der anderen Seite stehen die Dinge für Europa nicht gerade zum Besten, sodass man dem Zitat den Spruch eines anderen großen Europäers, nämlich Cicero, gegenüberstellen kann: „Dum spiro spero (Solange ich atme, hoffe ich)!\", und Europa besinnt sich seiner einstigen Stärke und Größe und misst wieder den Streitkräften und seiner rüstungstechnologischen Basis mehr Bedeutung bei, als es zurzeit den Anschein hat. Gelingt diese Besinnung auf die einstige Stärke nicht, dann haben der Plan und der Fonds nur eine Placebo-Wirkung. Werden der Plan und der Fonds jedoch in die Praxis umgesetzt, kann das durchaus zum Allheilmittel werden und innerhalb der nächsten Dekade den Streitkräften Europas zu einem Quantensprung nach vorne verhelfen. ✘



© BUNDESHEERSTUDIEN

#### ZUR PERSON

Hon. Professor Brigadier Dr. Harald Pöcher ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLV.

## Jederzeit einsatzbereit. Wir unterstützen Sie – mit unseren MRO Services.



Technologisches Know-how, jahrelange Erfahrung, herausragende Kompetenz: Als zuverlässiger Technologiepartner bietet RUAG Defence ein breites Spektrum an MRO Services – von Elektronik, Hydraulik, Mechanik bis zu Optronik.



Together ahead. **RUAG**

# Cyber-Verteidigung – eine gesamtstaatliche Herausforderung

OBERST DES GENERALSTABSDIENSTES MAG. WALTER UNGER

2.800 Teilnehmer bei der größten IKT-Sicherheitskonferenz in Europa. Die 17. Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-Sicherheitskonferenz war auch 2018 wieder ein Magnet für Publikum und Sicherheitsfirmen.

Die Cyber-Verteidigung ist in Umsetzung des Verfassungsauftrages eine neue Aufgabe des Österreichischen Bundesheeres. Sie baut auf zahlreiche gesamtstaatliche Maßnahmen auf, die im Idealfall präventiv den Cyber-Verteidigungsfall verhindern. Cyber-Verteidigung beginnt beim Eigenschutz, umfasst die Ausbildung ausreichender IKT-Sicherheitsfachkräfte, die enge Kooperation zwischen allen betroffenen staatlichen Behörden und erfordert einen engen Schulterschluss der Behörden mit der Wissenschaft und der Wirtschaft. Um Cyber-Angriffe erfolgreich abzuwehren, müssen die Experten international und fachübergreifend zusammenarbeiten. Grundvoraussetzung für die Cyber-Verteidigung sind Wissen auf dem aktuellen Stand und Awareness, genau diese Bereiche sollen durch die Konferenz gestärkt werden. Die Ziele der Konferenzserie sind daher die Fortbildung von IKT-Sicherheitsexperten des Bundesheeres, die Bewusstseinschaffung und Sensibilisierung der User aller Ebenen, die Vernetzung mit IKT-sicherheitsrelevanten Behörden, Organisati-



Im Outdoorbereich wurden live die Möglichkeiten zur Abwehr von Drohnen demonstriert.

onen und Firmen und die Bildung einer Plattform für einen unabhängigen Erfahrung- und Informationsaustausch. / Die IKT-Sicherheitskonferenz wird seit 2002 vom Abwehramt des Bundesministeriums für Landesverteidigung veranstaltet und ist im deutschsprachigen Raum die größte ihrer Art. Seit 2012 tourt die Veranstaltung durch die Bundesländer. Die IKT-Sicherheitskonferenz 2018 fand vom 16. bis 17. Oktober im Congress-Centrum in Alpbach statt. Von den mehr als 2.800 akkreditierten Teilnehmern kamen 15 Prozent aus dem Bundesheer selbst, die Masse aus 520 verschiedenen Firmen, Institutionen, Behörden, Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Besucher aus 14 Ländern (Deutschland, Schweiz, Norwegen, Ungarn, Schweden, Frankreich, Russland, Finnland, UK, NL, Belgien, Spanien, Liechtenstein, Estland) bestätigen das internationale Renommee der Konferenz. / Der politisch Höchstanwesende, der ehemalige Verteidigungsminister und nunmehrige Landeshauptmann von Tirol, Günther Platter, lud am Vor-



Austria Cyber Security Challenge (ACSC) in vollem Gange



Die Marke IKT-Sicherheitskonferenz, <https://seminar.bundesheer.at> und das Logo der Challenge – siehe auch [www.verbotengut.at](http://www.verbotengut.at)

abend der Konferenz zum Welcome-Empfang. Der Tiroler Abend mit Anreden der Schützenkompanie stimmte in- und ausländische Speakers und Ausstellervertreter optimal auf die großen Konferenztage ein. / Von militärischer Seite eröffnete der stellvertretende Chef des Generalstabes GenLt Mag. Johann Luif den zweiten Tag der Konferenz. In seiner Keynote ging er auf die stark gestiegene Bedeutung der Digitalisierung für alle Lebensbereiche ein und betonte die Notwendigkeit, sich mit der Landesverteidigung im Cyber-Raum intensiv auseinanderzusetzen. / Insgesamt 20 Veranstaltungen mit 74 Vortragenden, 51 Ausstellern, das Finale der Austria Cyber Security Challenge, der Young Researchers Day, mehrere Workshops und Cyber Games, die Cyber-Security-Plattform in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt sowie die abschließende Führungskräfteveranstaltung mit Siegerehrung in den Swarovski Kristallwelten boten ein äußerst umfangreiches Angebot auf unterschiedlichen Themen wie zum

Beispiel Industrie 4.0, kritische Infrastrukturen und Internet of Things. Im Zuge von Live-Hackings wurde gezeigt, wie einfach es ist, schlecht abgesicherte IKT-Systeme zu attackieren. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Analyse vergangener Vorfälle und die Präsentationen der Experten über Lösungsansätze für Vorbeugungs- und Absicherungsmaßnahmen. Highend-Abhörtechnik, Spionageabwehr und Drohnen waren weitere Themenschwerpunkte. Im Outdoorbereich wurden unter dem Titel „Absicherung von Großveranstaltungen“ gegen Drohnen Detektions- und Abfangmöglichkeiten live vorgeführt. Bei den ausstellenden IKT-Unternehmen konnte man sich über die neuesten Technologien zur Absicherung der eigenen IKT-Umgebung informieren. / Auch dem Nachwuchs wurde auf der Sicherheitskonferenz die Möglichkeit geboten, sich zu präsentieren und sich mit den IT-Spezialisten auszutauschen. Etwa beim Young Researchers' Day, der im Rahmen der Veranstaltung abgehalten wird. Hier präsentieren die besten Studierenden österreichischer Institutionen mit IT-Security-Schwerpunkt ihre Arbeiten.

## Austria Cyber Security Challenge (ACSC)

Als im April 2012 Beamte des Bundeskriminalamtes in Niederösterreich den Hacker mit dem Kürzel ACK13STX, der im Zeitraum Jänner bis März des Jahres 259 Firmen gehackt hatte, festnehmen konnten, staunten sie nicht schlecht, als sich herausstellte, dass sich hinter diesen Attacken ein 15-Jähriger verbarg. Nicht minder verblüffend war die Begründung für seine Taten: Geltungsdrang, Langeweile und Sensationsberichte über Hackerangriffe – wie etwa jene von Anonymous. Diese und ähnliche Motive finden sich auch in den Aussagen vieler anderer jugendlicher Hacker wieder. / Dieser konkrete Anlassfall bewog das Abwehramt und den Vorstand von Cyber Security Austria, für talentierte junge Menschen die ACSC zu entwickeln, um den Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten zu beweisen und mit Gleichgesinnten in Kontakt zu kommen.



Zahlreiche internationale und nationale Experten trafen sich bei der Sicherheitskonferenz in Alpbach.

Bei dem vom Verein Cyber Security Austria (CSA) in Kooperation mit dem Abwehramt des Österreichischen Bundesheeres seit 2012 durchgeführten Wettkampf geht es darum, talentierte junge Menschen frühzeitig zu „entdecken“ und entsprechend ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse zu „fordern“ und zu „fördern“ – also analog zu unseren Erfolgen im Skisport – die besten schon sehr früh zu finden und sie gezielt an die Spitze heranzuführen. Mehr als 500 Schüler und Studenten nahmen heuer an dem Wettkampf teil. Bereits zum siebenten Mal wurde das Finale der ACSC im Rahmen der IKT-Sicherheitskonferenz ausgetragen. Im Finale wetteiferten je zwei Schüler- und Studententeams um den Sieg. Die Finalisten werden Österreich bei der European Cyber Security Challenge 2019 in Rumänien vertreten. / Die ACSC wurde heuer um eine offene Klasse – Österreichische Staatsmeisterschaft – erweitert. Das heißt, auch jene Personen, welche schon im Berufsleben stehen oder älter als 25 Jahre sind, hatten die Chance – in einer offenen Klasse – am Wettkampf der Besten Österreichs teilzunehmen. Die Austria Cyber Security Challenge ist nicht nur ein Wettbewerb, sondern auch eine Plattform, bei der talentierte Jugendliche auf zukünftige Arbeitgeber treffen. / Die Challenge wurde auch von der Europäischen Agentur für Netzwerk Sicherheit (ENISA) als Referenzmodell für einen Paneuropäischen Wettbewerb, die European Cyber Security Challenge ([www.europeancybersecuritychallenge.eu](http://www.europeancybersecuritychallenge.eu)) ausgewählt, an dessen Finale heuer in London 19 europäische Nationen an den Start gingen. Bei diesen Europäischen Vergleichskämpfen konnte sich das Team aus Österreich im Laufe der letzten Jahre immerhin

zweimal den Europameistertitel sichern, heuer wurde es der zehnte Platz. / Für die Wirtschaft und Behörden ist die ACSC eine Chance, frühzeitig junge Talente zu erkennen, zu fördern und in einem Talentpool gezielt weiterzuentwickeln. Die Kombination ACSC und IKT-Sicherheitskonferenz des Abwehramtes erwies sich als voller Erfolg, und es ist beabsichtigt, die Kooperation auch in Zukunft fortzusetzen. / Für den Erfolg der IKT-Sicherheitskonferenz ist die mediale Umsetzung entscheidend. Erfreulicherweise haben sowohl ORF, Radio, zahlreiche Print- und digitale Medien umfangreich berichtet und damit zur Awareness bei breiteren Bevölkerungsschichten beigetragen. Auch für die Fremdenverkehrsregion Alpbach war die Konferenz wirtschaftlich von Vorteil, fielen doch in der Zwischensaison zusätzlich an die 2.000 Nächtigungen an. Etliche der Teilnehmer haben sich vorgenommen, wieder einmal nach Alpbach zu kommen. / Am 1. und 2. Oktober 2019 wird die nächste Konferenz auf Einladung der Stadt in Fürstenfeld in der Steiermark stattfinden. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. ✕



### ZUR PERSON

Oberst des Generalstabesdienstes Mag. Walter Unger ist Leiter der Abteilung Cyber Defence & IKT-Sicherheit im Abwehramt.

# Gewalt.ig – wenn wir nicht wegschauen

Bestens ausgebildet und zwei Ratschläge



Initiative Gewalt.ig Dr. Arno Weber, Mag. Andreas Hekel und B.A. Daniela Hekel, Leiter MCI Dep. & Studiengänge Non-Profit-, Sozial- & Gesundheitsmgt. FH-Prof. Dr. Siegfried Walch, General Manager Wacker Innsbruck Alfred „Ali“ Hörtnagl, Vzlt. Dietmar Auer, Bundesliga-Chef und Präsident FC Wacker Innsbruck Gerhard Stocker (v. l. n. r.)

**Was kann jeder Einzelne beitragen, wie kann man die Bevölkerung sensibilisieren, dass man mehr aufeinander schaut?**

(auszugsweise) „... Motto nicht weg-, sondern hinschauen und auch tätig werden. Die Leute in Diskussionen verstricken und klarmachen, so kann es nicht gehen. Es gehört Sensibilität hervorgerufen, und ich denke, das geht nur mit Kommunikation.“

**Gerhard Stocker, Bundesliga-Chef und Präsident FC Wacker Innsbruck**

## Was ist Gewalt.ig?

Die Bewegung *Gewalt.ig – wenn wir nicht wegschauen* ist eine Initiative von Menschen, denen ein gewaltfreies Zusammenleben im öffentlichen Raum am Herzen liegt.

/ Die Initiative setzt sich für ein friedliches und respektvolles Miteinander ein, zwischen privaten Personen und Bediensteten im öffentlichen Raum, die dem Gemeinwohl dienen.

/ Denn unzählige Vorfälle, die nicht nur körperliche, sondern auch psychische Folgen hinterlassen, werden häufig nur am Rande wahrgenommen.

## Arbeiten im Dienst der Öffentlichkeit – täglich ein (un)gewisses Risiko!

Sie kümmern sich, sie schützen und helfen, retten und pflegen. Menschen im Dienst der Öffentlichkeit tragen ganz wesentlich zum Funktionieren des Gemeinwesens und der Daseins-

vorsorge bei – und setzen sich täglich einem (un)gewissen Risiko aus.

/ Busfahrer werden beschimpft, Soldaten vor der Botschaft in Wien und Lehrer werden angegriffen, das Sicherheitspersonal in Krankenhäusern muss aufgrund unzähliger unliebsamer Vorfälle mit Körperkameras ausgestattet werden, Polizisten werden vorsätzlich attackiert, Angriffe auf Strafvollzugsbeamte haben sich in den letzten Jahren verdreifacht und es gab z. B. allein im letzten Jahr 225 Übergriffe auf ÖBB-Zugbegleiter.

/ Unzählige Vorfälle, die nicht nur körperliche, sondern auch psychische Folgen hinterlassen, werden häufig nur am Rande wahrgenommen und oftmals unter den Tisch gekehrt.



Initiative Gewalt.ig Vzlt. Dietmar Auer und B.A. Daniela Hekel, Sicherheitsverantwortlicher der Stadt Innsbruck Elmar Rizzoli, Initiative Gewalt.ig Mag. Andreas Hekel und Dr. Arno Weber (v. l. n. r.)

## Wer steht hinter der Initiative Gewalt.ig?

Fakten wie ebendiese regten eine Gruppe von Menschen an, die Initiative Gewalt.ig ins Leben zu rufen: Dr. Arno Weber, Vzlt. Dietmar Auer, Mag. Andreas Hekel, Daniela Hekel B.A. und Sara Köll (alle drei NAU Agency) schlossen sich zusammen, um sich für ein gewaltfreies Zusammenleben einzusetzen. Am Anfang war es nur eine Anregung, genauer hinzusehen und Dinge bewusster wahrzunehmen. Aber spätestens seit vermehrt Fälle zum Thema Gewalt an Menschen im Gemeinwesen bekannt werden, ist ein immer stärkerer Handlungsbedarf erkennbar – wie auch viele Rückmeldungen auf diese Initiative aufzeigen.

Im engen Austausch mit betroffenen Berufsgruppen wurde die Initiative „Gewalt.ig – wenn wir nicht wegschauen“ im Oktober 2018 durch obengenanntes Team ins Leben gerufen.

## Was will Gewalt.ig erreichen?

Mit dem starken Appell, die Zunahme von verbaler sowie körperlicher Gewalt – insbesondere gegen Menschen, die dem Gemeinwohl dienen – nicht zu tolerieren, tritt die Initiative Gewalt.ig an die Gesellschaft heran.

/ Ziel der Bewegung ist es, das Gemeinschaftsdenken im öffentlichen Raum zu fördern, sich wieder verstärkt füreinander einzusetzen und aufmerksam zu sein. Ein weiterer Punkt ist auch der Respekt denen gegenüber, die sich für das Gemeinwohl beruflich einsetzen.

/ Neben dem Aufzeigen von Tatsachen und Fakten möchten wir mit der Initiative vor allem das Bewusstsein der Bevölkerung schärfen und auf die Problematik aufmerksam machen. Die Initiative soll der Gesellschaft vor Augen



Stützpunktleitende Notärztin Dr. Ursula Waibel mit Militärkommandant von Tirol Generalmajor Mag. Herbert Bauer (v. l. n. r.)

führen, dass Gewalt im öffentlichen Raum ein allgegenwärtiges Thema ist und wir nicht wegschauen dürfen.

/ In Zusammenarbeit mit Experten und Psychologen will Gewalt.ig in Zukunft präventive Lösungsansätze bieten, sodass jeder Einzelne dazu beitragen kann, dass Menschen im öffentlichen Dienst möglichst ohne Gefahr einer Belästigung oder Attacke den Dienst verrichten können und dabei mit dem gebührenden Respekt behandelt werden.

/ Ab Dezember 2018 finden regelmäßige Treffen in Form eines Round Table

statt, um über die Problematik zu diskutieren, sich auszutauschen und konkrete Lösungsmodelle zu erarbeiten. Besonders herzlich sind auch alle eingeladen, die sich für die Initiative interessieren und mehr erfahren möchten. Nähere Informationen zum Round Table unter [info@gewaltig.at](mailto:info@gewaltig.at).

/ Über die Initiative wird außerdem aktive Unterstützung zum Thema Gewaltprävention angeboten: Vorträge und Schulungen mit Experten sollen in verschiedensten (beruflichen) Umfeldern zum Thema Gewalt sensibilisieren. Denn mit gewaltfreier

„IN VERSICHERUNGSFRAGEN  
PERSÖNLICH FÜR SIE DA.“



Versicherungsexperte Stephan PAUL  
Tel.: 050 350 90-21567  
Fax: 050 350 99-21567  
E-Mail: [s.paul@wienersaetdtische.at](mailto:s.paul@wienersaetdtische.at)



Insp. Ursula PECK  
Tel.: 050 350 90-21761  
Fax: 050 350 99-21761  
E-Mail: [u.gazzia@wienersaetdtische.at](mailto:u.gazzia@wienersaetdtische.at)



Bez.Insp. Gerhard SUMER  
Tel.: 050 350 90-21781  
Fax: 050 350 99-21781  
E-Mail: [g.sumer@wienersaetdtische.at](mailto:g.sumer@wienersaetdtische.at)

BUNDESHEERBETREUUNG FÜR SOLDAT/INNEN UND IHRE FAMILIEN

VERSICHERUNGSSPEZIALISTEN FÜR AUSLANDSEINSÄTZE

## TEAM BUNDESHEER

Wiener Städtische Versicherung AG  
1210 Wien, Am Spitz 10 (Eingang Schwaigergasse)

[wienersaetdtische.at](http://wienersaetdtische.at)

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER  
STÄDTISCHE  
VIENNA INSURANCE GROUP

### Wie kann man die Bevölkerung sensibilisieren und wie kann jeder Einzelne etwas beitragen?

„Ich glaube, mit so einer Initiative, wie es jetzt mit Gewalt.ig initiiert worden ist, kann man definitiv Bewusstsein in der Bevölkerung schaffen. (...) Ich glaube auch, dass man die Menschen dazu bringen kann, jeden Einzelnen dazu bringen kann, bei derartigen Tätlichkeiten, bei derartigen Aggressionen, auch nicht wegzuschauen, sondern hinzuschauen und auch zu helfen, wenn es notwendig ist.“

**Mag. Dr. Edelbert Kohler, Landespolizeidirektor-Stellvertreter**



Interview mit Landespolizeidirektor-Stv. Mag. Dr. Edelbert Kohler, Initiative Gewalt.ig Daniela Hekel B.A. (links)

Kommunikation (nicht nur) und auch mittels der Akzeptanz der öffentlichen Autorität kann ein Lösungsweg auch in kritischen Situationen gefunden werden. Vor allem Kinder und Jugendliche gilt es auf das Thema aufmerksam zu machen.

### Fakten

Gewalt ist ein Thema – leider aktueller denn je. Gewalt ist definiert als eine Einwirkung auf andere, die dadurch geschädigt werden. Gewalt kann in verschiedenen Formen auftreten: Körperliche Gewalt (Schlagen, Treten, Widerstand leisten etc.) ist die offensichtlichste Form, psychische Gewalt dagegen wird oft nicht auf den ersten Blick wahrgenommen. Doch speziell psychische Gewalt kann tiefe Narben hinterlassen (Beleidigungen, Mobbing etc.).

/ Betroffene Berufsgruppen: Beamte, Lehrer, Polizisten, Feuerwehr, Busfahrer, Straßenkehrer, Pflegepersonal, Ärzte, Rettungssanitäter, Zugbegleiter,

Post, Ordnungskräfte, Gärtner, Strafvollzugsbeamte, Arbeitsmarktservice, im Sozialamt, beim Bundesheer, Straßen(bau)arbeiter, Gerichtsvollzieher, Sicherheitsdienste, Flughafenpersonal und noch viele mehr.\* (Zur leichteren Lesbarkeit wurden die ‚geschlechtsneutralen‘ Bezeichnungen gewählt, was keine Benachteiligung des weiblichen Geschlechts impliziert.)

### Gelungener Auftakt am Nationalfeiertag in Innsbruck beim Flughafenfest

Ihren großen Auftakt und somit ersten öffentlichen Auftritt hatte die Initiative am 26. Oktober 2018 im Zuge des Innsbrucker Flughafenfestes. Gewalt.ig fand nicht nur bei den vielen Besuchern hohen Anklang, sondern auch bei bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens: Militärkommandant von Tirol Generalmajor Mag. Herbert Bauer, Landespolizeidirektor-Stellvertreter Mag. Dr. Edelbert Kohler, stützpunktleitende Notärztin Dr. Ursula Waibel, Leiter MCI Dep. & Studiengänge Non-Profit-, Sozial- & Gesundheitsmanagement FH-Prof. Dr. Siegfried Walch, Sicherheitsverantwortlicher der Stadt Innsbruck Elmar Rizzoli, Obmann der Freiwilligen Rettung Innsbruck Mag. Rupert Stöckl MSc, Bundesliga-Chef und FC-Wacker-Innsbruck-Präsident Gerhard Stocker sowie General Manager Wacker Innsbruck Alfred „Ali“ Hörtnagl.

/ Das Flughafenfest bot die optimale Plattform, um die Initiative publik

zu machen und den Kreis der Unterstützer zu vergrößern. Ein Infostand, Diskussionen und Interviews, das Aufzeigen von Fakten und gezielte Lösungsvorschläge bildeten den ersten Schritt zur Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft. Zwei Statements der Interviews sind in den Informationsboxen zu finden. Das spürbare Interesse war auch eine große Motivation für die Initiatoren, diesen Weg weiter fortzusetzen. ✕

Weitere Informationen über die Initiative Gewalt.ig finden Sie auf [www.gewaltig.at](http://www.gewaltig.at), oder unter [info@gewaltig.at](mailto:info@gewaltig.at) oder Tel.: 0663 / 033 18 033.



### ZUR PERSON

#### Dr. Arno Weber

Aufgrund meiner Studien Theologie und Rechtswissenschaften ist mir in Wahrnehmung des Tätigkeitsfeldes der im Dienste für ein funktionierendes Gemeinwohl stehenden Menschen sehr wichtig, gemeinsam mit Gleichgesinnten Akzente zu setzen, um den Blick für ein gewaltfreies Miteinander in den Vordergrund zu stellen.

# Tagesbefehl von Bundespräsident Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen anlässlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober 2018

**Geschätzte Soldatinnen und Soldaten!  
Geschätzte zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!**

Am 26. Oktober 1955 wurde das Bundesverfassungsgesetz über die österreichische Neutralität beschlossen. Wir erinnern uns in diesem Jahr auch an das Ende des Ersten Weltkrieges und die hundertste Wiederkehr der Gründung der Republik am 12. November 1918.

/ In den vergangenen 100 Jahren hat Österreich Höhen und Tiefen erlebt wie kaum zuvor in seiner Geschichte. Vom „Armenhaus“, aus dem viele Menschen nach dem Ersten Weltkrieg emigrierten, wurde unser Land zu einem der reichsten, sichersten und lebenswertesten der Welt. Dabei war die erste Hälfte dieser 100 Jahre von politischem Scheitern, autoritärer Herrschaft, dem zerstörerischen Zweiten Weltkrieg und den unsagbaren Grausamkeiten des Holocaust gekennzeichnet.

/ Erst nach 1945 begann die Erfolgsgeschichte unserer Republik. Statt des unversöhnlichen Streits der Parteien, wie in der Ersten Republik, suchten sie nach 1945 das Gemeinsame, das

Verbindende. Gemeinsam gründeten sie die Zweite Republik, gemeinsam verhandelten sie den Staatsvertrag, gemeinsam erklärten sie Österreichs immerwährende Neutralität, gemeinsam arbeiteten sie an Österreichs Integration in Europa und der internationalen Staatengemeinschaft.

/ Ein wesentlicher Grund für den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung war der Wille, sich gemeinsam für das Wohl aller einzusetzen. Alle sollten vom Aufschwung profitieren. Das ist eine Eigenschaft, die uns im Kern immer gutgegan hat und die ein zentraler Teil des „Österreichischen“ ist: Wir wissen, dass die Welt nicht in schwarz und weiß unterteilt ist, sondern dass es unendlich viele Farbtöne gibt. Wir wissen, dass der Punkt des größtmöglichen Wohles für alle in der Mitte liegt – im Ausgleich der Interessen. Gerade in einer Welt, die zunehmend von Polarisierung, Radikalisierung und Unversöhnlichkeit geprägt zu sein scheint, ist das „Österreichische“ notwendiger denn je. Wir brauchen



Mag. Andreas Hekel, Dr. Arno Weber, Sara Köll, Daniela Hekel B.A., Vzt. Dietmar Auer (v. l. n. r.)





# „Soldat des Jahres 2018“

Verteidigungsminister Mario Kunasek würdigte im Rahmen der Matinee „Militär des Jahres 2018“ Soldatinnen und Soldaten, zivile Bedienstete sowie Dienststellen des Österreichischen Bundesheeres für besondere Leistungen 2018. Die Matinee wurde am 13. November 2018 in Eisenstadt durchgeführt. Der Titel „Soldat des Jahres 2018“ ging heuer an einen Salzburger Soldaten.



Verteidigungsminister Mario Kunasek gratuliert Vizeleutnant Richard Prenter zur Auszeichnung als „Soldat des Jahres“.

Versöhnung und das Aufeinander-Zugehen. Wir brauchen das „Österreichische“. Bitte erinnern Sie sich daran.

/ Der Beitritt Österreichs zur damaligen Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1995 erfolgte mit einer überwältigenden Mehrheit nach einer Volksabstimmung. Hinter diesem Schritt stand die Einsicht, dass Österreich seine Interessen gegenüber den großen Weltmächten, den USA, China oder Russland, am besten in Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partnern vertreten kann.

/ Wer seine Heimat liebt, ist für Europa! Europa und die EU sind Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Schließlich sind wir nur gemeinsam stark. Zu Europa gehören die Menschenrechte, die liberale Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Sie machen das Wesen Europas aus, ohne sie kann es das Europa, das wir wollen, nicht geben. Menschenrechte, liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen von uns allen jeden Tag neu errungen, gesichert und gelebt werden.

/ Auch sicherheitspolitisch ist Österreich in Europa eingebettet. Herausforderungen dabei sind die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Abwehr von Cyber-Angriffen. Diesen Gefährdungen muss mit einer vorausschauenden gesamtstaatlichen Krisenkoordination begegnet werden. Diese ist essenziell für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und den Schutz der Österreicherinnen und Österreicher!

/ Eine weitere Herausforderung stellen die Migrationsbewegungen nach Europa dar. Ihre Bewältigung darf sich aber nicht auf den bloßen Schutz der EU-Außengrenzen beschränken. Notwendig sind die Integration der bereits Zugewanderten sowie die nachhaltige Sicherung von Frieden und wirtschaftlichen Perspektiven in den Krisenländern.

/ Das Österreichische Bundesheer ist aufgrund unzureichender Ressourcenzuweisung während der vergangenen Jahrzehnte bei der Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen an seinen Kapazitätsgrenzen angelangt. Im Anbetracht der derzeitigen Budgetentwicklung wird in den nächsten Jahren eine rote Linie überschritten werden, nämlich die der Einsatzbereitschaft.

/ Die politische Führung ist dafür verantwortlich, die notwendigen Ressourcen sicherzustellen. Neben der gesetzlichen Verpflichtung, einen verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres wiederherzustellen, gibt es auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten: Fehlende Ressourcen gefährden nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch das Leben der Soldatinnen und Soldaten bei ihren Einsätzen.

/ Ich möchte allen Angehörigen des Österreichischen Bundesheeres für Ihren täglichen Einsatz danken. Sei es nun in Krisengebieten im Ausland oder im sicherheitspolizeilichen Assistenzsinsatz im Inland. Oder wenn Sie bei Naturkatastrophen im Ausland wie im Inland für „Schutz und Hilfe“ sorgen.

/ Wo auch immer Sie im Einsatz waren, haben Sie sich Respekt und Anerkennung für Ihre gewissenhafte Pflichterfüllung und professionellen Leistungen erworben!

**Es lebe das Österreichische Bundesheer!  
Es lebe unsere Heimat,  
die Republik Österreich!  
Es lebe unser gemeinsames,  
friedvolles Europa!**

*A. Gus Nelson*

## Beitrag für die Sicherheit

„Unsere Soldaten und Bediensteten leisten täglich einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher. Das haben auch die Katastropheneinsätze der vergangenen Tage deutlich gezeigt. Es sind das Engagement, die Zivilcourage und der Zusammenhalt aller Mitarbeiter des Bundesheeres, welche diese erfolgreichen Einsätze ermöglichen“, sagte Mario Kunasek. „Ich möchte mich bei allen bedanken, die für das

Bundesheer und für die österreichische Bevölkerung jeden Tag ihr Bestes geben. Diese Veranstaltung und Preisverleihung gibt Anlass, genau diese besonderen Leistungen zu würdigen“, so der Minister weiter.

## „Soldat des Jahres“ kommt aus Salzburg

Der gebürtige Kärntner Vizeleutnant Richard Prenter ist für die militärische Sicherheit in der Schwarzenberg-Kaserne (Salzburg) verantwortlich. Er

wirkt maßgeblich bei der Ausbildung und Führung des Wachzuges mit. Mit seinem Engagement schafft er es nicht nur die Ausbildung zu optimieren, sondern auch die ihm zugeteilten Grundwehrdiener dermaßen zu motivieren, dass sich die Qualität der Wachzug-Ausbildung erheblich steigern konnte.

## „Einheit des Jahres“ fliegt in Bosnien

In der Kategorie „Einheit des Jahres 2018“ gewann die Fliegerinheit ▶



Die Sieger und Nominierten der Gala „Militär des Jahres“



Vizeleutnant Christian Brunninger (r.) aus Oberösterreich erhielt den Miliz-Sonderaward.



Gefreiter Lukas Holzer ist „Rekrut des Jahres“.

© BUNDESHEER/DANIEL TRIPPOIT (3)

„Aviation Detachment EUFOR ALTHEA“. Die Einheit unterstützt die multinationale Einsatzführung von EUFOR in Bosnien und Herzegowina. Das Team ist für den luftgestützten medizinischen Transport (MEDEVAC) von EUFOR-Angehörigen mittels Notarzthubschrauber zuständig und unterstützt auch die zivilen Einsatzorganisationen vor Ort.

/ Außerdem führt die Einheit Personen- und Materialtransporte durch und ist auch für das sogenannte „Search and Rescue“-Verfahren ausgebildet. Die fliegerische Besatzung, aber auch militärische Bodentruppen beweisen seit mehr als zehn Jahren ein überdurchschnittliches Maß an Flexibilität und Professionalität. Mit diesem Einsatz sind sie maßgeblich an der Friedenserhaltung in Bosnien beteiligt.

### IT-Experte wird „Zivilbediensteter des Jahres“

Manfred Schmidt erhielt dieses Jahr den Titel „Zivilbediensteter des Jahres 2018“. Der geborene Salzburger ist seit mehr als zehn Jahren im Heereslogistikzentrum Salzburg tätig. Als nach 2012 der Versand mittels Bahnexpress eingestellt wurde, musste die tägliche Versorgung der Dienststellen des Bundesheeres mit heereigenen Transportmitteln sichergestellt werden. Dabei ergab sich das Problem der Steuerung und des Nachweises der Lieferung.

/ Schmidt kam die Idee, eine eigene Versandsteuerungssoftware zu programmieren, welche nun die Versorgungsgüter bis zum örtlichen Übernehmer verfolgen, Transport- und

Zustellzeiten dokumentieren oder auch Transportpapiere automatisch erstellen kann. Dadurch wird die tägliche Versorgung des Bundesheeres vereinfacht und sorgt für Versender und Empfänger für Transparenz.

### Wiener Cyber-Soldat wird „Rekrut des Jahres“

Gefreiter Lukas Holzer, gebürtiger Wiener, konnte sich über den Preis „Rekrut des Jahres 2018“ freuen. Holzer half seiner Dienststelle, Präsentationssysteme zu branden, Printprodukte zu erstellen und Bilder für den Cyber-Bereich zu kreieren. Mit großem Engagement und Kreativität hat Lukas Holzer auch das Design für den Bereich Cyber erstellt. Durch seine Ideen und Mithilfe leistete Holzer einen enormen Beitrag für das Bundesheer.

### Miliz-Sonderaward geht nach Oberösterreich

Vizeleutnant Christian Brunninger wurde in der Sonderkategorie „Bester Werber für Freiwillige Meldungen zu Milizübungen 2018“ ausgezeichnet. Der gebürtige Innviertler engagiert sich bei der Hervorhebung der Wichtigkeit der Freiwilligenwerbung für Milizübungen sowie bei der Miliz allgemein. Der Preis dient als Zeichen der Wertschätzung für diese herausragende Leistung.

/ Mit der Veranstaltung „Militär des Jahres“ werden besondere Initiativen und außergewöhnliche militärische Leistungen gewürdigt. Diese Anerkennung ist Ausdruck moderner Unternehmensführung und Wertschätzung aller Soldaten und Bediensteten des Österreichischen Bundesheeres. (BMLV) ✕



Minister Kunasek: „Ich möchte mich bei allen bedanken, die für das Bundesheer und für die österreichische Bevölkerung jeden Tag ihr Bestes geben. Diese Veranstaltung und Preisverleihung gibt Anlass, genau diese besonderen Leistungen zu würdigen.“

# IM ERNSTFALL STETS BEREIT.



WIR SCHÜTZEN ÖSTERREICH.

Unvorhersehbare Ereignisse erfordern permanente Einsatzbereitschaft. Investitionen in das Bundesheer sind Investitionen in die Sicherheit Österreichs.

bundesheer.at



UNSER HEER



**Das sicherheitspolitische  
Gewissen der Republik  
Österreich**